

### 3 Antisemitismus an Universitäten in Deutschland

Ausgehend vom zuvor dargestellten Konzept des Gebildeten Antisemitismus und den Ergebnissen empirischer Studien wird im folgenden Kapitel Antisemitismus speziell an Universitäten behandelt. Es wird dargestellt, in welchen Formen Antisemitismus an deutschen Universitäten auftritt und wie er sich äußert. Die Forschungsergebnisse dieser Arbeit können dann in diesen Kontext eingeordnet werden. In Ergänzung an die in Kapitel 2.2 dargestellte historische Tradition gebildeter Judenfeindschaft wird zunächst eine knappe historische Einordnung durchgeführt. Daran anschließend wird dem Forschungsgegenstand entsprechend die Gegenwart bzw. jüngste Vergangenheit fokussiert. Die zum Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeit laufenden Ereignisse um antisemitische Vorfälle an Universitäten nach dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 werden im Schlusskapitel thematisiert.

#### *3.1 Geschichte des Antisemitismus an Universitäten*

Das allgemeine Vorhandensein antisemitischer Einstellungen im gebildeten universitären Milieu wurde bereits mit einem Blick in die Historie deutlich. Verschiedene Studien mit historischem Schwerpunkt haben den virulenten Antisemitismus in Burschenschaften (Jacobs 2012), unter Universitätsprofessoren (Pfefferle R./Pfefferle H. 2014), unter Studenten im Kaiserreich (Kampe 1988) und besonders zur Zeit des Nationalsozialismus (Grüttner 1995, Wolgast 2001) beleuchtet. So zeigt bspw. Kampe detailliert, wie sich Ende des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluss antisemitischer Agitatoren wie Marr, Stöcker oder Treitschke (vgl. Kap. 2.2) die „Vereine deutscher Studenten“ gründeten und sich Antisemitismus in der Studentenbewegung verbreitete (Kampe 1988: 23 ff.). Hierfür ist als Beispiel der Blick auf eine an Bismarck gerichtete antisemitische Petition des Gymnasiallehrers Bernhard Förster und des Publizisten und Offiziers Max Liebermann von 1880 aufschlussreich: Die Initiatoren forderten u. a. eine Einschränkung der Einwanderung ausländischer Juden, den Ausschluss von Juden aus obrigkeitlichen Stellungen wie die Beschränkung ihres Einsatzes im Justizwesen, den Ausschluss von Juden aus dem Schulwesen als Lehrer sowie die

Wiederaufnahme der Judenstatistik (vgl. Kampe 1988: 23, Longerich 2021: 97). Insgesamt sollte, so die Petition, „die Emanzipation des deutschen Volkes‘ von einer unerträglichen jüdischen ‚Fremdherrschaft‘“ erreicht werden (Longerich 2021: 97). Bis April 1881 sammelten die Initiatoren 265 000 Unterschriften, wovon Studenten wohl die größte Unterzeichnergruppe ausmachten. Von der gesamten Bevölkerung unterstützten nur circa 0,6 % die Petition, während an einigen norddeutschen Universitäten zwischen 30 % und 50 % der Immatrikulierten die Petition unterstützten (Kampe 1988: 23).

Im 20. Jahrhundert spitzte sich die Situation an Universitäten für Juden insbesondere in der Zeit zwischen den Weltkriegen 1918 bis 1939 weiter zu. Aufgrund besserer zur Verfügung stehender Quellen ist diese Periode auch intensiver erforscht. Antijüdische Diskriminierung wie auch physische Angriffe waren an Universitäten in Deutschland (aber auch europaweit) alltäglich (vgl. Schwarz-Friesel 2016). Im Sammelband „Alma Mater Antisemitica“ wird der Antisemitismus an Universitäten in verschiedenen europäischen Ländern untersucht, darunter in Italien, Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien oder Polen. So wird in Beiträgen nachgezeichnet, wie an der Universität Wien nichtjüdische Professoren jüdische Forscher vertrieben (Taschwer 2016) oder wie jüdische Universitätsangehörige physischer Gewalt ausgesetzt waren (Bauer 2016). In weiteren Beiträgen wird dokumentiert, wie bspw. jüdische Studierende in Ungarn durch die Einführung eines Numerus Clausus diskriminiert wurden (Kovács 2016) oder wie Verbindungen als Institutionen und Netzwerke eine tragende Rolle bei der Verbreitung von Antisemitismus an Universitäten in Polen spielten (Lausen 2016).

In Deutschland ist Antisemitismus an Universitäten besonders während der Zeit des Nationalsozialismus dokumentiert: Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten sorgten diese binnen kürzester Zeit hocheffizient dafür, jüdische Wissenschaftler und Studierende von Universitäten zu entfernen und diese für „judenfrei“ zu erklären. Bereits im April 1933, wenige Wochen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, wurden mit den Gesetzen „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ und dem „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ Hochschulangestellte und Dozenten, die Jude oder Jüdin waren, entlassen sowie die Anzahl jüdischer Studierender reglementiert. Hervorzuheben ist dabei, dass der Widerstand gegen diese Maßnahmen seitens des Lehrkörpers wie auch seitens der Studierenden äußerst gering ausgeprägt war. Diskriminierung und Ausschluss von jüdischen Wissenschaftlern und Studie-

renden trafen in der Studierendenschaft vielerorts vielmehr auf (begeister- te) Zustimmung (vgl. Benz 2013). Viele nichtjüdische Universitätsangehörige begrüßten den Ausschluss ihrer jüdischen Kollegen. Opportunistische Beweggründe, etwa das Ziehen persönlicher Vorteile durch das Loswerden unliebsamer Kollegen oder die Angst, selbst entmachteter zu werden, können dies dabei nur zu einem Teil erklären. Vielmehr lässt sich das Verhalten durch tief verwurzelte antisemitische Ressentiments und eine fest verankerte ‚antisemitische Grundstimmung‘ innerhalb des universitären Milieus erklären. Die Initiativen und Vorhaben der Nationalsozialisten fielen hier auf einen höchst fruchtbaren Boden. Besonders verdeutlichten dies die im Mai 1933 stattfindenden Bücherverbrennungen in zahlreichen deutschen Städten, welche von der deutschen Studentenschaft vorwiegend in eigener Verantwortung organisiert wurden (vgl. Grüttner 1995: 76 ff.).

Anhand zahlreicher weiterer Beispiele lässt sich der damals an Universitäten vorherrschende Antisemitismus veranschaulichen: So waren bspw. an der Universität Münster 90 % der Universitätsprofessoren Mitglieder der NSDAP (vgl. Benz 2013); die Universität Tübingen rühmte sich bereits im Februar 1933 vor den entsprechenden gesetzlichen Vorgaben damit, „man habe hier die Judenfrage gelöst“, ohne groß „davon gesprochen“ zu haben (zit. nach Friedmann 2006). Ein anschauliches, wissenschaftlich gründlich analysiertes Beispiel stellt der Fall des Nobelpreisträgers Otto Meyerhof dar. Dieser erhielt trotz seines Nobelpreises in der Zeit des NS nur eine Assistentenstelle, wurde später denunziert und schaffte es noch vor Beginn des Krieges, 1938 in die USA zu fliehen (für die ausführliche und facettenreiche Betrachtung Meyerhofs, siehe die verschiedenen Beiträge in Schmitt 2022).

Für den virulenten, aggressiv geäußerten Antisemitismus von Universitätsangehörigen finden sich in der damaligen deutschen Universitätslandschaft einige Beispiele, die verdeutlichen, dass diese nicht nur Teil des nationalsozialistischen Systems waren, sondern vielmehr zu den Vordenkern des Nationalsozialismus gehörten. Ein Beispiel ist Walter Schultze, der als „Reichsdozentenführer“ Leiter des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes war. Dieser forderte bspw. in seiner Eröffnungsrede für die Reichsuniversität Straßburg 1941 das „Ausmerzen“ alles „Undeutschen“ aus der „Gedankenwelt unseres Volkes“ (o. A. 1941: 32, Klee 2003: 567 f.). Der Tübinger Neutestamentler Gerhard Kittel schlug vor, alle Juden umzubringen, falls die Rassentrennung nicht gelänge (vgl. Friedmann 2006). Gemeinsam mit anderen Tübinger Professoren gehörte Kittel zu den Protagonisten des sogenannten „wissenschaftlichen Antisemitismus“ an der Universität Tübingen, die ihren Antisemitismus ‚wissenschaftlich‘ erklärten,

rechtfertigten und elaborierten (siehe ausführlich Junginger 2010). Die „Tübinger Chronik“ berichtete 1939 ausführlich über verschiedene Vorträge dieser Dozentengruppe bei einer Tagung in Berlin und schloss daraus, dass es sich beim Antisemitismus nicht um eine Sache des Radaus, sondern um eine Sache „ernster wissenschaftlicher Erkenntnis“ (Teuber 1939) handle. Die breite vorherrschende Zustimmung des Lehrkörpers zum Antisemitismus des Nationalsozialismus verdeutlicht insbesondere auch das „Bekenntnis der deutschen Professoren zu Adolf Hitler“ von November 1933, welches von circa 900 Professoren unterschrieben wurde (Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat 1933).

Besonders aufschlussreich mit Blick auf die Haltung der Studierendenschaft während der NS-Zeit ist die umfangreiche Studie „Studenten im Dritten Reich“ von Michael Grüttner (vgl. Grüttner 1995). Darin bewertet Grüttner die Studierendenschaft während der NS-Zeit als „Motor der Gleichschaltung“ (ebd.: 62). An den Universitäten wurden umgehend anti-jüdische Boykottaufrufe lanciert (ebd.: 69) und bereits 1932, also ein Jahr vor der Machtübernahme Hitlers, wählten knapp 48 % der Studierendenschaft bei den AStA-Wahlen den Nationalsozialistischen Studentenbund (ebd.: 54), während bei der Reichstagswahl im selben Jahr auf die NSDAP 37,4 % der Stimmen entfielen (ebd.: 54). Aktiver Widerstand von Studierenden oder die Bildung von studentischen Widerstandsgruppen wie die „Weiße Rose“ waren seltene Ausnahmen (vgl. Schwarz-Friesel 2016, Grüttner 1995: 427 ff., 457 ff.). Auch Protestbekundungen aus dem Lehrkörper, wie die des Pharmakologen Otto Kray, der es aus moralischen Gründen ablehnte, den Lehrstuhl eines entlassenen jüdischen Professors zu übernehmen und in der Folge ein Universitätsverbot in Deutschland erhielt, waren eine absolute Ausnahme (vgl. Schagen 2007). Für die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland ist festzuhalten, dass Universitäten ein Ort waren, an dem das nationalsozialistische Weltbild verbreitet, gefestigt und weitergedacht wurde. Sie fungierten als eine Art Lautsprecher und Verstärker. Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus – und damit auch Antisemitismus als wesentliches Kernelement – wurden an Universitäten mit den Mitteln der Wissenschaft verbreitet und gefördert.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Zusammenbruch der NS-Diktatur wurden offiziell alle Personen mit NS-Vergangenheit von Universitäten ausgeschlossen. Wie in vielen anderen Bereichen wurde diesem Anspruch nur äußerst unzureichend gefolgt. An praktisch allen Universitä-

ten fanden sich Mittel und Wege einer Weiterbeschäftigung, bspw. im Falle Berlins, wo eine einschränkende Vorbehaltsklausel es erlaubte, ehemalige NSDAP-Mitglieder weiter zu beschäftigen, sofern eine Entlassung „größeren Schaden für die Stadt Berlin, für das Leben der Bevölkerung, oder die Wissenschaft darstellen würde“ (zit. nach Benz 2013). Wie in vielen anderen Bereichen (Justiz, öffentlicher Dienst, Sicherheitsdienste etc.) fand auch an den Universitäten keine wirkliche Aufarbeitung der NS-Zeit statt. Unzählige ehemalige NSDAP-Mitglieder, Sympathisanten und Befürworter des NS-Regimes verblieben so auf ihren Posten, wurden wiedereingesetzt oder wechselten lediglich den Lehrstuhl oder die Universität (vgl. Benz 2013, Wildt 2012 oder beispielhaft für die Universität Wien Grandner/Heiss/Rathkolb 2006). Anschauliches Beispiel hierfür war die Wiedereröffnung der Universität Jena, wo der Universitätsrektor laut einer Studie zugab, dass „(...) fast alle Studenten, die hier auf eine Weiterführung ihres Studiums warteten, entweder Mitglieder der Nazipartei, Mitglieder der Hitlerjugend oder Anhänger einer der zahlreichen faschistischen Organisationen gewesen waren“ (zit. nach Wörfel 1996: 34, siehe auch Meinfelder 2020). Ein ernsthaftes Interesse an einer nachhaltigen Aufarbeitung kann insgesamt nicht konstatiert werden; erst in den 1980er-Jahren fingen erste Universitäten in Westdeutschland an, ihre Vergangenheit aufzuarbeiten – zu einem Zeitpunkt, als ein Großteil der vor 1945 tätigen Professoren verstorben oder emeritiert war (vgl. Friedmann 2006). Entsprechend ist davon auszugehen, dass antisemitisches Gedankengut und Narrative an Universitäten weiterverbreitet wurden, wenn auch nicht länger so offen und aggressiv bzw. mit staatlicher Förderung. Die quasi ‚Wiederbelebung‘ der deutschen Universitätslandschaft nach 1945 fußte somit zu nicht unbeträchtlichen Teilen weiter auf NS-Gedankengut und Antisemitismus als Kernbestandteil der NS-Ideologie. Zur ungenügenden Entnazifizierung der deutschen Universitäten im Nachkriegsdeutschland (BRD wie auch DDR) wie auch zum dort vorherrschenden Antisemitismus gibt es vergleichsweise wenige Forschungsarbeiten. Bisher hat sich auch nur eine geringe (aber zunehmende) Anzahl an Universitäten mit der eigenen NS-Vergangenheit auseinandergesetzt und diese aufgearbeitet.<sup>22</sup>

22 Hier ist zu betonen, dass die Verstrickung der einzelnen Universitäten während der Zeit des Nationalsozialismus je nach Institution äußerst unterschiedlich erforscht und aufgearbeitet ist. So hat bspw. die Universität Tübingen mit dem 2010 herausgegebenen, über tausend Seiten umfassenden Sammelband „Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus“ (Wiesing et al. 2010) die Rolle und Beteiligung der Universi-

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts finden sich zahlreiche Beispiele für die Virulenz und Verbreitung von Antisemitismus an Universitäten und im universitären Milieu in Nachkriegsdeutschland (in der BRD wie auch der DDR). Besonders deutlich wird dies z. B. im studentischen Milieu um die 68er-Bewegung und den aus diesem Milieu hervorgehenden antisemitischen Vorfällen und Angriffen – bspw. dem versuchten Bombenanschlag auf die jüdische Gemeinde in Berlin durch die Gruppe „Tupamaros West-Berlin“ (siehe ausführlich Steinke 2020: 65 ff.). Auch öffentlich geführte und breit rezipierte Diskussionen, in denen sich zahlreiche Hochgebildete aus dem universitären Milieu zu Wort meldeten, können hier als Beispiele für das Vorherrschen antisemitischer Denkstrukturen angeführt werden. Als prominentes Beispiel sei hier Martin Walsers Paulskirchenrede genannt, in der er von der „Moralkeule“ Auschwitz phantasierte und von einer „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“ (Walser 1998) halluzinierte (zu Walser und dem Schuldabwehrantisemitismus, siehe ausführlich bspw. Salzborn 2020a, Salzborn 2020b, Bergmann 2007). Für das 21. Jahrhundert und die jüngste Vergangenheit werden im Folgenden exemplarisch einige aktuelle Vorfälle en détail skizziert, die zeigen, wie sich die Historie des Antisemitismus an Universitäten bis heute nachzeichnen lässt.

#### 3.2 Antisemitische Vorfälle an Universitäten

In Deutschland gibt es bisher keine Art landes- bzw. bundesweites Melderegister für antisemitische Vorfälle an Universitäten. In den bundesweiten Statistiken des Innenministeriums zur politisch motivierten Kriminalität werden lediglich offiziell zur Anzeige gebrachte Vorfälle angeführt. In dieser Statistik steigt – bei einer hoch einzuschätzenden Dunkelziffer – die Zahl der jährlich gemeldeten Vorfälle seit Jahren an. Es wird jedoch keine Zuordnung zum universitären Kontext vorgenommen; außerdem sind die

---

tät während des Nationalsozialismus vergleichsweise ausführlich dokumentiert. Auch an der Universität Wien ist die Zeit des Nationalsozialismus sowie die anschließende unzureichende Aufarbeitung erforscht (vgl. Pfefferle/Pfefferle 2014, Grandner/Heiß/Rathkolb 2006). In den letzten Jahren ist bei einigen weiteren Universitäten zumindest eine zunehmende Sensibilität zu erkennen, wie entsprechende Informationsseiten auf einigen Internetauftritten verschiedener Universitäten zeigen.

Erfassungs- sowie die Zuordnungsmethoden ungenau und seit Jahren Gegenstand von Kritik.<sup>23</sup>

Aussagekräftige Daten stellt seit 2015 die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) zur Verfügung, über die Fälle von Antisemitismus gemeldet werden können.<sup>24</sup> Das Netzwerk ist jedoch noch jung, wird zurzeit auf verschiedene Bundesländer erweitert und befindet sich damit weiterhin im Aufbau. Über die online zugängliche Datenbank können Beschreibungen verschiedener antisemitischer Vorfälle abgerufen werden; hierbei ist jedoch nicht eindeutig herauszufiltern, ob sich der Vorfall im universitären Kontext ereignet hat.<sup>25</sup> Um spezifischere Aussagen treffen zu können, hat RIAS nach Anfrage des Autors dankenswerterweise genauere Daten für die hier vorliegende Forschungsarbeit zur Verfügung gestellt.<sup>26</sup> So ist in der internen RIAS-Datenbank auch der jeweils entsprechende Tatort eines antisemitischen Vorfalls abrufbar. Nach Angaben von RIAS lassen sich in den Jahren 2019 bis 2021 insgesamt 31 Vorfälle dem Tatort „Hochschule“ zuordnen (acht Vorfälle für 2019, sieben für 2020 und 16 für 2021). Es handelt sich dabei um Angriffe, Beschimpfungen und Zuschriften an Universitätsangehörige und in seltenen Fällen Vorträge oder Veranstaltungen, welche gemeldet und von Experten als klar antisemitisch eingestuft wurden.

---

23 Siehe bspw. die Klassifizierung des Brandanschlags auf die Synagoge in Wuppertal 2014, welcher durch die Polizeibehörden als politisch motivierte Tat und nicht antisemitisch eingeordnet wurde (siehe Fußnote 3).

24 RIAS startete 2015 in Berlin als zivilgesellschaftliche Monitoring-Stelle für Antisemitismus. Nach dem Berliner Vorbild bildete sich 2018 der RIAS-Bundesverband mit dem Ziel der bundesweiten Erfassung von antisemitischen Vorfällen; mittlerweile gibt es RIAS-Landesverbände in verschiedenen Bundesländern.

25 In den USA gibt es mit der Datenbank der AMCHA-Initiative ein Portal, welches antisemitische Vorfälle speziell an Universitäten erfasst. Für Deutschland gibt es bisher kein vergleichbares Portal.

26 Die folgenden Daten wurden 2022 von RIAS telefonisch bzw. via E-Mail übermittelt.

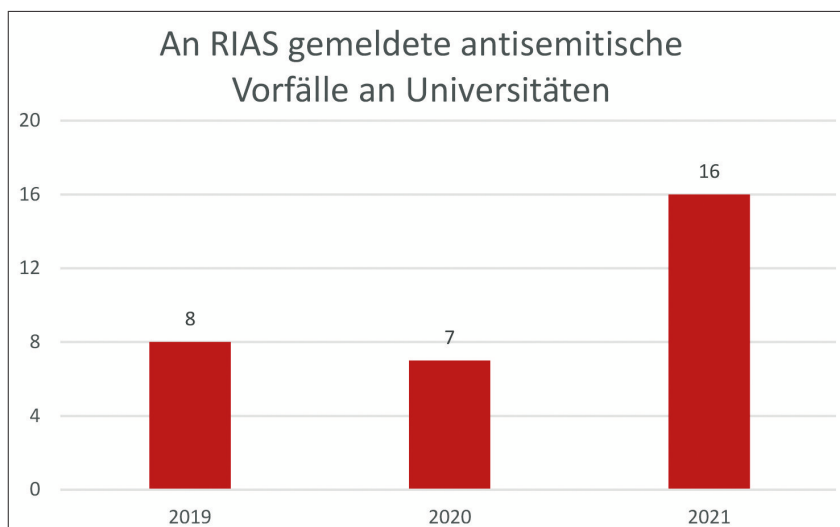


Abbildung 2: Anzahl der 2019 bis 2021 an RIAS gemeldeten antisemitischen Vorfälle an Universitäten

Im Zeitraum 2019 bis 2021 wurde zwölf Fällen das Medium „Schmiererei“, drei Fällen „Aufkleber“ und zwei Fällen „Plakate/Zettel“ zugewiesen. RIAS unterteilt Vorfälle ferner in verschiedene „Vorfalltypen“<sup>27</sup>. Von den 31 Vorfällen zwischen 2019 und 2022 an Hochschulen lässt sich ein Vorfall der Kategorie „Sachbeschädigung“ zuordnen, die übrigen 30 der Kategorie „verletzendes Verhalten“. Ferner unterscheidet RIAS zwischen fünf verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus, Mehrfachzuordnungen sind dabei möglich. Von den 31 Vorfällen lassen sich elf dem „Post-Schoah-Antisemitismus“, jeweils neun dem „Antisemitischen Othering“ und „Israel-bezogenen Antisemitismus“ sowie acht dem „Modernen Antisemitismus“ zuordnen. Kein Fall wurde der Erscheinungsform „Antijudaismus“ zugeordnet. Zusätzlich zu diesen Fällen wurden RIAS-Daten für den Tatort „Internet“ angegeben: Wird dort innerhalb der antisemitischen Massenzuschriften nach dem Stichwort „Universität“ gesucht, so sind zwischen 2019

27 Bei der Kategorisierung orientiert sich RIAS an den Definitionen der britischen jüdischen wohltätigen Organisation „Community Security Trust“ (CST) und unterscheidet zwischen den Kategorien „extreme Gewalt“, „physischer Angriff“, „Sachbeschädigung“, „Bedrohung“, „verletzendes Verhalten“ und „Massenzuschriften“ (vgl. RIAS 2021: 56).



und 2022 mindestens sieben Fälle bekannt, in denen Universitätsmitarbeiter antisemitische E-Mails erhielten.

RIAS verweist bei der Interpretation dieser Daten auf mögliche Verzerrungen: So ist die mögliche Dunkelziffer als sehr hoch einzuschätzen und aus Bundesländern mit bereits etablierten RIAS-Landesverbänden werden deutlich mehr Fälle gemeldet als aus anderen. Zusätzlich verwendet RIAS bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle eine vergleichsweise ‚enge‘ Antisemitismus-Definition.<sup>28</sup> Auch werden nicht zwangsweise alle antisemitischen Vorfälle erfasst, welche im universitären Milieu stattfinden. So würde bspw. ein Vorfall unter Studierenden bzw. gegen eine jüdische Studierendenorganisation, der online stattgefunden hat, nicht unter die Kategorie „Hochschule“, sondern unter die Kategorie „Internet“ fallen. Trotz dieser Vorbehalte lässt sich auf Basis dieser Daten festhalten, dass es an Universitäten in Deutschland zu antisemitischen Vorfällen kommt. Die Dunkelziffer ist dabei als äußerst hoch einzuschätzen, was auch durch die steigende Anzahl der Vorfälle aufgrund verbesserter Meldemöglichkeiten in den letzten Jahren zusätzlich verdeutlicht wird.

Ergänzend zu den von RIAS erfassten Daten finden sich zahlreiche weitere Berichte über Vorfälle von Antisemitismus aus der Betroffenenperspektive, welche über weitere Portale<sup>29</sup> oder in Zeitungsberichten dokumentiert, aber nicht zwangsweise an RIAS gemeldet wurden. Solche (subjektiven) Erfahrungsberichte sind schwer überprüf- und rekonstruierbar, veranschaulichen jedoch klar das Vorhandensein und die Virulenz von Antisemitismus im universitären Kontext. So berichten bspw. in einem Artikel der Tageszeitung *DIE WELT* von 2021 mehrere jüdische Studierende über verschiedene Formen von Antisemitismus an den Universitäten, an denen sie studieren (vgl. Landes 2021). Hinzu kommen zahlreiche weitere dokumentierte Berichte über Angriffe, Beleidigungen oder Schmierereien. Beispielhaft sei hier der Vorfall an der Universität Heidelberg 2020 genannt, wo ein Studierender mit jüdischen Vorfahren beim Fest einer Heidelberger Verbindung misshandelt und beschimpft wurde (vgl. Spiegel Online 2020). Auch die vom Forscherteam um Julia Bernstein durchgeführte Studie „Mach mal keine Judenaktion“ verdeutlicht das Vorkommen von Antisemitismus an Uni-

28 Bspw. wird eine Hakenkreuzschmiererei nicht automatisch als ein antisemitischer Vorfall erfasst, sondern erst, wenn sie auf eine jüdische Person (bzw. als jüdisch wahrgenommene Person) oder Institution abzielt.

29 Ein Beispiel ist hier die Amadeu Antonio Stiftung, welche auf ihrer Homepage gemeldete antisemitische Vorfälle seit 2005 erfasst.

versitäten (vgl. Bernstein 2018). Zwar beschäftigt sich die auf Interviewdaten aufbauende Studie mit Antisemitismus an Schulen; Studienteilnehmer erwähnen hierbei aber auch Antisemitismus an Universitäten. So berichtet ein Interviewteilnehmender, wie Kommilitonen im Lehramtsstudium antisemitische Verschwörungsmythen verbreiteten (ebd.: 109). Eine andere Teilnehmerin berichtet, wie ihr eine Hakenkreuzzeichnung auf den Platz gelegt wurde und sie an der Universität von Studierenden und Professoren als „Botschafterin für das Judentum und Israel“ diskreditiert wurde (ebd.: 213).<sup>30</sup>

Zudem kommt es in Deutschland im universitären Kontext immer wieder zu Debatten um antisemitische Vorfälle an Universitäten. Die Diskussionen – gerade im universitären Milieu meist vehement geführt – kreisen dann oft darum, inwiefern ein entsprechender Vorfall als antisemitisch anzusehen ist oder nicht. Hier finden sich in den vergangenen Jahren zahlreiche Fälle mit unterschiedlich starker medialer Rezeption. Dozenten oder Gäste fielen in Lehrveranstaltungen wie Hochschulseminaren, Vorlesungen oder Vorträgen durch antisemitische Äußerungen bzw. Verbreitungen antisemitischer Inhalte auf oder waren bereits für die Tätigkeit solcher Äußerungen solcher bekannt.<sup>31</sup> Es handelte sich hierbei oftmals um Dozenten oder Veranstaltungen mit eingeladenen Gästen, bei denen im Kontext des Nahostkonfliktes und der israelischen Politik nicht nur eine extrem einseitige Position propagiert, sondern auch antisemitische Stereotype tradiert wurden bzw. diesen Vorschub geleistet wurde. Meist waren es dann Gruppen wie Fachschaftsräte, jüdische Gemeinden oder an Hochschulen aktive

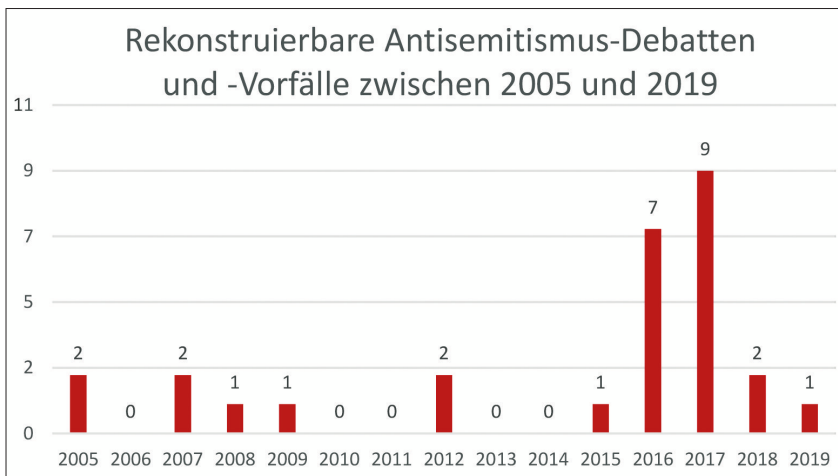
---

30 In diesem Zusammenhang seien auch der subjektive Eindruck des Autors und dessen eigene Erfahrungen im universitären Kontext erwähnt, die u. a. Motivation für die Durchführung dieser Forschungsarbeit waren. Während der Studienzeit an den Universitäten Göttingen und Tübingen kam es in verschiedenen Veranstaltungen, Diskussionen in Hochschulgruppen oder Gesprächen mit Kommilitonen zu antisemitischen Äußerungen, gerade in Bezug auf Israel und den Nahostkonflikt. Für die quantitativ ausgerichtete Masterarbeit des Verfassers wurde das Ausmaß von Antisemitismus unter Studierenden an der Universität Tübingen gemessen. In einer schriftlichen anonymen Umfrage wurden 320 Studierenden Frage-Items vorgelegt, mit denen in den „Mitte-Studien“ Antisemitismus erfasst wird. Die Studierenden sollten auf einer vierstufigen Skala ihre Zustimmung oder Ablehnung äußern. Die Ergebnisse zeigten, dass 3 % der Studierenden Aussagen zum Klassischen Antisemitismus, 33 % Aussagen zum Post-Holocaust-Antisemitismus und 19 % Aussagen zum Israelbezogenen Antisemitismus zustimmten. Antisemitische Einstellungen sind somit unter Studierenden an Universitäten in Deutschland klar nachweisbar.

31 Oftmals war der Auslöser die Tätigkeit für oder die Nähe zur antisemitischen BDS-Kampagne. Siehe hierzu ausführlich Kap. 3.5.

Initiativen wie die Deutsch-Israelische Gesellschaft, welche diese Veranstaltungen öffentlich kritisierten und oft bereits im Vorfeld Protest einlegten. In der Folge kam es dann zu in der Öffentlichkeit geführten Debatten, offenen Briefen, Podiumsdiskussionen, Gutachten, Eingaben und gelegentlich sogar Gerichtsverfahren. Einige Veranstaltungen wurden in der Konsequenz abgesagt oder verschoben, andere fanden statt oder wurden an einen anderen Ort verlegt.

Um die RIAS-Daten zu ergänzen, wurden für die Forschungsarbeit weitere Daten zu Antisemitismus an Universitäten erhoben:



*Abbildung 3: Darstellung von rekonstruierbaren Antisemitismus-Debatten und -Vorfällen zwischen 2005 und 2019*

In Ergänzung zu den aktuellen von RIAS bereitgestellten Daten für 2019 bis 2021 (siehe Abbildung 2) werden in Abbildung 3 bekanntgewordene Antisemitismus-Debatten und -Vorfälle an Universitäten von 2005 bis 2019 visualisiert, die über andere NGOs wie der Amadeu Antonio Stiftung abrufbar waren (ohne Anspruch auf Vollständigkeit). Es werden Debatten und Vorfälle dargestellt, die an einer der 108 Universitäten in Deutschland stattfanden und die über Onlinebeiträge oder Zeitungsartikel rekonstruierbar sind. Kriterium für die Auswahl der Fälle war, dass der jeweilige Vorfall im universitären Kontext stattfand, d. h. entweder in den Räumlichkeiten einer Universität bzw. Hochschule oder im Umfeld einer Studierendenin-

itiative oder -organisation.<sup>32</sup> Für eine Aufnahme in die Statistik musste ein expliziter Rückschluss auf das studentische Milieu gegeben sein.<sup>33</sup> Um diese zu erfassen, wurden Zeitungsberichte, Studien und Meldeportale<sup>34</sup> seit 2005 mit Hilfe von Schlagwörtern wie ‚Uni‘, ‚Universität‘, ‚Hochschule‘ und ‚Stud‘ durchsucht. Bei einem entsprechenden Treffer wurde der Fall mit Hilfe einer Onlinesuche weiterverfolgt und rekonstruiert. Hierbei wurde nach dem ‚Schneeballsystem‘ vorgegangen: Oftmals ergaben sich bei der Recherche zu einer Debatte Hinweise auf weitere Fälle, die dann entsprechend weiterverfolgt und gegebenenfalls in die Statistik aufgenommen wurden. Genauso wurden für die Datengenerierung auch Portale und Seiten miteinbezogen, die für die Verbreitung antisemitischer Inhalte bekannt sind, bspw. das „Palästina-Portal“ oder „Electronic Intifada“.<sup>35</sup> Diese fertigen zum Teil aufwendig-obsessive Chroniken über (aus ihrer Sicht nichtantisemitische) Vorfälle an, auf die zugegriffen werden kann. Die Darstellung einiger beispielhafter, besonders breit rezipierter Fälle, anhand derer der im universitären Kontext massiv tradierte Antisemitismus deutlich wird, folgt in den Kapiteln 3.3 und 3.4.

Die Untersuchung konnte zwischen 2005 und 2019 insgesamt 28 breiter rezipierte Vorfälle von Antisemitismus-Debatten an Universitäten in Deutschland erfassen. Abbildung 3 verdeutlicht damit zunächst, dass Universitäten auch heutzutage mitnichten ein antisemitismusfreier Raum sind. Auffällig ist die zeitliche Häufung in den letzten Jahren (seit circa 2016). Diese kann zum einen mit dem breit rezipierten Vorfall an der HAWK Hildesheim (siehe Kap. 3.3) erklärt werden, wodurch eine erhöhte Sensibilität für entsprechende Fälle eingetreten ist und Vorfälle öfter publik gemacht werden. Außerdem haben sich in den letzten Jahren die Meldemöglichkeiten für antisemitische Vorfälle massiv verbessert. Es ist mittler-

32 So wurden zahlreiche Vorfälle an anderen Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen (Heidelberg 2017 und 2019), Akademien (Tutzing 2017) u. ä. nicht berücksichtigt. Einzige Ausnahme in der Statistik stellt der Vorfall an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) Hildesheim dar (vgl. Kap. 3.3). Dieser wurde aufgrund seiner breiten Rezeption und Rekonstruierbarkeit aufgenommen.

33 Bspw. durch studentische Initiativen, welche die entsprechende Veranstaltung initiiert haben oder darin essenziell eingebunden sind. Meldungen wie „Student wird in U-Bahn antisemitisch beleidigt“ werden nicht aufgenommen, da die Tat nicht an der Hochschule stattfand.

34 So wurden Berichte von RIAS, der Amadeu Antonio Stiftung, Berichte aus der Zeitung *DIE WELT*, Meldungen von Institutionen wie der Jüdischen Studierenden Union Deutschland oder der Deutsch-Israelischen-Gesellschaft berücksichtigt.

35 Siehe <https://www.palaestina-portal.eu/> und <https://electronicintifada.net/>.

weile möglich, bei immer mehr Portalen Vorfälle zu melden; auch werden durch Studien oder Initiativen nach und nach mehr Fälle publik gemacht. Generell wird die weiter angestiegene Internetnutzung einen Effekt haben: So ist die Zahl der Internetnutzer von 72 % im Jahr 2010 auf 91 % im Jahr 2021 gestiegen (Statista 2024). Die Häufung der Meldungen in den letzten Jahren weist darauf hin, dass die Anzahl der Vorfälle zuvor deutlich höher gelegen haben dürfte und ein großer Teil der Fälle nicht gemeldet oder nicht ausreichend publik gemacht wurde. Die in Abbildung 3 dargestellten Fälle fanden darüber hinaus an 22 verschiedenen Universitäten<sup>36</sup> statt. Bei einer Grundgesamtheit von 108 Universitäten entspricht das mit knapp 27 % einem Viertel der Universitäten in Deutschland. Auffällig ist die breite geographische Fächerung – Vorfälle finden sich regional in Deutschland verteilt, lediglich in den östlichen Bundesländern sind, bis auf an der HU Berlin, keine Fälle dokumentiert. Mit Blick auf die Universitäten fällt ferner auf, dass es bis auf den Fall der TU Dortmund vorwiegend Hochschulen mit einem breiten human- und geisteswissenschaftlichen Studienangebot sind, an denen Vorfälle dokumentiert wurden – weniger Universitäten mit technischem Schwerpunkt.

Im Folgenden werden einige der in Abbildung 3 visualisierten Fälle, welche in den Medien besonders breit rezipiert wurden, beispielhaft dargestellt und eingeordnet, um konkretere Anhaltspunkte über die Äußerungsform antisemitischer Einstellungen an Universitäten zu erlangen. Hierbei wird besonders auf den antisemitischen Gehalt der Äußerungen eingegangen. Auf diese Weise kann nachgezeichnet werden, dass die in Kapitel 2.4 dargestellten Merkmale des Gebildeten Antisemitismus an Universitäten in Deutschland tradiert und reproduziert werden.

#### *3.3 Dozenten und Lehrveranstaltungen: Beispiele an der HAWK Hildesheim, FU und HU Berlin*

Der in der Öffentlichkeit am stärksten wahrgenommene und rezipierte Fall war die im Jahr 2016 geführte Debatte um ein an der HAWK (Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst) Hildesheim angebotenes Seminar mit dem Titel „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“. In dem über Jahre hinweg angebotenen Seminar wurden die politischen Akti-

---

36 Der Fall an der HAWK Hildesheim wird an dieser Stelle nicht berücksichtigt, da es sich nicht um eine Universität handelt.

vitäten Israels nicht nur einseitig und plakativ negativ dargestellt, sondern es wurde auch antisemitisches Unterrichtsmaterial – wie Artikel aus verschwörungsideologischen Blogs – verbreitet, ohne diese zu kontextualisieren und adäquat einzuordnen. So wurden im Seminar material bspw. Bilder eines israelischen Völkermordes an den Palästinensern und ethnischer Säuberungen verbreitet, oder über angebliche Folter und Organdiebstahl durch die israelische Armee. Trotz jahrelanger Beschwerden und Eingaben u. a. seitens Studierender wurde das Seminar von der Hochschulleitung als unproblematisch eingestuft und gedeckt (vgl. Dillmann 2016a, Dillmann 2016b, Posener 2016a).

Bereits 2015 hatte eine angefragte externe Gastdozentin<sup>37</sup> gegenüber der HAWK Kritik am Seminarinhalt geübt. Nachdem die Universität dieser nicht nachgekommen war bzw. ihre Sorge als „persönliche Empfindlichkeit“ (zit. nach Dillmann 2016b) abtat, machte diese den Fall publik und wandte sich an den Zentralrat der Juden in Deutschland und gemeinsam mit diesem an das Niedersächsische Kultusministerium. Nachdem eine Antwort des Ministeriums zunächst ausblieb, wurde ein Gutachten der Amadeu Antonio Stiftung beauftragt (Dillmann 2016b, Posener 2016a). Das Gutachten der Stiftung attestierte dem Seminar Unwissenschaftlichkeit; die Auswahl der Materialien würde Israel in einer „delegitimierenden bis antisemitischen Betrachtungsweise“ behandeln und ein antisemitisches Weltbild vermitteln (zit. nach Dillmann 2016b). Als Reaktion erklärte die Hochschulleitung der HAWK Monate später, im Sommer 2016, der Zentralrat wolle die Freiheit und Lehre der Forschung an der HAWK einschränken, woraufhin der Fall in der Jüdischen Allgemeine veröffentlicht wurde (Dillmann 2016a, Posener 2016a). Zahlreiche überregionale wie auch internationale, Medien griffen den Fall anschließend auf und berichteten (vgl. bspw. Posener 2016a, Dillmann 2016b oder Weinthal 2016). Die Universitätsleitung lehnte in der anschließenden, öffentlich geführten Debatte das von der Amadeu Antonio Stiftung durchgeführte Gutachten als „fragwürdig“ ab (zit. nach Jacobs 2016). Auch das Niedersächsische Wissenschaftsministerium akzeptierte das Gutachten nicht und entschied die Beauftragung eines weiteren Gutachtens, um den Seminarinhalt der letzten zehn Jahre, inklusive abgelegter Prüfungsleistungen, zu prüfen (Posener 2016b).

---

37 Die damals angefragte Gastdozentin ist selbst Jüdin und in der liberalen jüdischen Gemeinde in Hannover engagiert. Sie ist ausgewiesene Expertin jüdischen Lebens in Deutschland und für Israel (siehe Posener 2016a).

Das mit der Erstellung des zweiten Gutachtens beauftragte Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin kam im November 2016 zu dem Ergebnis, dass das von 2006 bis 2016 an der HAWK Hildesheim unterrichtete Seminar „einseitig, unwissenschaftlich und in dieser Form an einer deutschen Hochschule nicht tragbar“ (Zentrum für Antisemitismusforschung 2016: 1) sei; es schloss sich damit der bereits zuvor vom Zentralrat der Juden formulierten Sorge vollumfänglich an. Im Unterrichtsmaterial fänden sich Texte, welche „mit antisemitischen Klischees und Unterstellungen arbeiten“ (Zentrum für Antisemitismusforschung 2016: 2). Die HAWK entschied schließlich, das Seminar nicht länger anzubieten und der langjährig verantwortlichen Dozentin keinen Lehrauftrag mehr zu erteilen. Die Dekanin der Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit trat zurück und auch der Präsidentin der HAWK wurde das Vertrauen entzogen, indem sie nicht für eine zweite Amtszeit nominiert wurde und entsprechend wenige Wochen später als Präsidentin der HAWK ausschied (Meyer-Schilf 2017).

Kurze Zeit später, im Jahr 2017, kam es zu einer vergleichbaren Debatte um eine Lehrbeauftragte an der Freien Universität Berlin (FU), welche dort am Otto-Suhr-Institut ein Seminar mit dem Titel „Rassismus im Kapitalismus“ unterrichtete. In verschiedenen Zeitungen wurde über die Aussagen und Aktivitäten der Dozentin berichtet und der antisemitische Inhalt der Lehrveranstaltung kritisiert und diskutiert (siehe u. a. *Berliner Zeitung*, *TAZ*, *Tagesspiegel* oder *Jerusalem Post*). So bezeichnete die Dozentin Israel in ihrem eigenen Blog als Apartheids- und Kolonialstaat, bezichtigte Israel eines „Genozids an den Palästinensern“ (zit. nach Ladwig 2017), war in einem israelfeindlichen Rap-Video zu sehen und rechtfertigte bzw. unterstützte die BDS-Kampagne (vgl. Weinthal 2017a, Mai 2017). Wie im Falle der HAWK Hildesheim wurde von der Universitätsleitung – in diesem Falle von der Leitung des Otto-Suhr-Instituts der FU – ein Gutachten<sup>38</sup> zur Klärung der Vorwürfe beauftragt und verkündet, die Lehrbeauftragte solle zunächst keinen weiteren Lehrauftrag erhalten (vgl. Gollasch 2017: 397 ff., Krauss 2017).<sup>39</sup>

Zuletzt war es 2022 eine Dozentin an der HU Berlin, die in die Schlagzeilen geriet. Über ihren Twitter-Account verbreitete sie verschiedene den

38 Das vom ehemaligen Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin Prof. Dr. Wolfgang Benz verfasste Gutachten ist bislang nicht publiziert worden.

39 Den detaillierten Ablauf der Debatte hat Christopher Gollasch in seinem Artikel „Ein neuer ‚Berliner Antisemitismusstreit‘“ im Jahrbuch für Antisemitismusforschung nachgezeichnet (vgl. Gollasch 2017).

Holocaust relativierende Aussagen sowie ein Bild, auf dem sie neben einer Frau posiert, welche ein Schild mit der Aufschrift „Netanyahu = Hitler“ hochhält (Geiler 2022). Zum internationalen Holocaustgedenktag am 27. Januar 2022 schrieb sie: „Der Völkermord der Juden an den Palästinensern geht immer noch weiter“ (zit. nach Geiler 2022). Weiterhin teilte sie in sozialen Medien verschiedene Inhalte von Organisationen und Initiativen, die für ihre antisemitischen Postings bekannt sind.<sup>40</sup> Jüdische Studierende wollten aus Angst vor Diskriminierung das Seminar der Dozentin nicht weiter besuchen. Die Jüdische Studierendenunion Deutschlands machte den Fall öffentlich und forderte in einem offenen Brief an die Universitätsleitung, sich von der Dozentin zu distanzieren (Jüdische Studierenden Union 2022). Mit den Vorwürfen konfrontiert, löschte die Dozentin das gepostete Foto mit dem Netanyahu-Hitler-Vergleich und stellte ihren Twitter-Account auf „privat“. In einem Statement bedauerte die Dozentin das gepostete Bild und verwies gleichzeitig darauf, dass das Teilen von Inhalten nicht als Zustimmung zu diesen zu werten ist (vgl. Geiler 2022). Die Universität reagierte zunächst mit dem Verweis, dass die über den Twitteraccount veröffentlichten Posts private Aussagen und nicht in einer Lehrveranstaltung gefallen seien. Diese würden daher im Sinne einer möglichen antisemitischen Relevanz im strafrechtlichen Sinne „außerhalb der Zuständigkeit und Kompetenz des Institutsrats“ (zit. nach Geiler 2022) liegen. Gleichzeitig verurteile man Antisemitismus in allen Formen (vgl. Geiler 2022). In einem späteren Statement verkündete die HU, dass die Dozentin von ihrem Lehrauftrag entbunden wurde. Die sozialen Medien seien kein rechtsfreier Raum und im vorliegenden Fall könnten „private und dienstliche Äußerungen nicht getrennt voneinander bewertet werden“, so die Universität (Humboldt Universität Berlin 2022).

Die dargestellten Fälle, insbesondere an der HAWK Hildesheim, veranschaulichen die Brisanz und großen Probleme im Umgang mit antisemitischen Einstellungen an Universitäten in Deutschland. Hier sind zunächst die zeitliche Dimension und der Umgang mit der geäußerten Kritik hervorzuheben. Das betroffene Seminar in Hildesheim wurde seit 2006 und

---

40 Mitunter teilte sie Inhalte von „Electronic Intifada“ und „Samidoun Deutschland“. Die Seite „Electronic Intifada“ ist seit Jahren für die Verbreitung antisemitischer Propaganda bekannt (vgl. u. a. Amadeu Antonio Stiftung 2017a). „Samidoun Deutschland“ wird von der israelischen Regierung als terroristische Organisation eingestuft und hat enge Verbindungen zur Terrororganisation PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) sowie zur antisemitischen Boykottbewegung BDS (vgl. u. a. Schindler 2021, Abdi/Leber/Geiler 2021).



somit zehn Jahre lang an der Universität angeboten. Zahlreiche Studierende besuchten das Seminar und ihnen wurden somit in der universitären Lehre während ihres Studiums antisemitische Stereotype vermittelt. Obwohl zahlreiche Studierende im Rahmen von Evaluierungen Kritik am Seminar äußerten (vgl. Posener 2016b), wurde auf diese nicht eingegangen und das Seminar wurde weiter angeboten. Bei den Studierenden könnte somit der Anschein entstanden sein, ihre Kritik sei nicht gerechtfertigt und die im Seminar vermittelten Inhalte seien legitim.

Der generelle Umgang der Hochschule mit Kritik ist besonders schwerwiegend und als für das akademische Milieu beispielhaft zu bewerten. Es lassen sich zahlreiche Formen der von Schwarz-Friesel und Reinhartz (2013) beschriebenen Text- und Argumentationsstrategien des Gebildeten Antisemitismus nachzeichnen (vgl. Kap. 2.4). So wurde die von der jüdischen Gastdozentin geäußerte Kritik am Seminar nicht nur nicht ernst genommen, geschweige denn ihr nachgekommen, sondern empört als „persönliche Empfindlichkeit“ (zit. nach Flesch 2016) abgetan. Das eigene Vorgehen der Hochschule wurde so legitimiert und die Kritik der Dozentin relativiert. Um außerdem das positive Selbstbild aufrechtzuerhalten und das eigene Vorgehen zu rechtfertigen, verwies die Universitätsleitung ferner auf „vielfältige und herzliche Austauschbeziehungen zu israelischen Hochschulen, Kolleginnen und Kollegen“ (zit. nach Dillmann 2016a), was ein typisches Kennzeichen einer Legitimierungs- und Vermeidungsstrategie darstellt (vgl. Schwarz-Friesel 2013: 351 ff., 357 ff.). Der Verweis auf Andere, wie „jüdische Freunde“ oder in diesem Fall Kooperationen der HAWK mit Israel, ist in der Forschung als klassische Rechtfertigungsstrategie bekannt (Schwarz-Friesel 2013: 372). Die Infragestellung und dadurch versuchte Abschwächung des Gutachtens der Amadeu Antonio Stiftung entspricht ferner den Strategien der Relativierung und Vermeidung. Statt ein eigenes Fehlverhalten in Betracht zu ziehen, wurde mit dem Verweis auf die eigene Ethikkommission jegliche Verantwortung von sich gewiesen. Diese sah „keinen Anhaltspunkt“, dass in dem betreffenden Seminar antisemitische Inhalte in „unzulässiger Weise“ verbreitet wurden (zit. nach Feuerherdt 2016a). Im Falle HAWK wird ferner deutlich, dass auf den höchsten Ebenen der Universitätsleitung nicht nur keine Sensibilität gegenüber Antisemitismus zu erkennen war, sondern über Jahre nach dem Motto „eyes wide shut“ (vgl. Schwarz-Friesel 2019a: 127 f.) gehandelt wurde. Im Sinne der Affektlogik wurden Fakten ignoriert oder diskreditiert und das eigene Glaubenssystem hermetisch gegen Kritik von außen und der Realität abgeriegelt (vgl. ebd.: 127). Noch deutlicher wurde dies, nachdem die Universitätsleitung von der

Zeitung *Die Welt* mit den Vorwürfen konfrontiert wurde. Die Universitätsleitung sprach von „ziemlich einflussreichen Kreisen“ (zit. nach Posener 2016a), die mit einer „Hasskampagne“ das „Wort verbieten“ und verhindern wollen, dass „unterschiedliche Sichtweisen zu diesem Konflikt an unserer Hochschule zu Wort kommen dürfen“ (zit. nach Flesch 2016). Hier klingt nicht nur das antisemitische Stereotyp einer jüdischen Weltverschwörung an, sondern es wird auch das für den Gebildeten Antisemitismus kennzeichnende Motiv des Kritiktabus formuliert. Die mehrfache Berufung der Verantwortlichen auf „die Freiheit der Lehre und Forschung“ (zit. nach Flesch 2016) kann als klassische Legitimierungs- und Vermeidungsstrategie gesehen werden. Die Verbreitung antisemitischer Inhalte im Rahmen des Seminars scheint auf diese Weise camoufliert und unter diesem Deckmantel weiter betrieben worden zu sein. Diese Strategie, Antisemitismus unter der Camouflage der Meinungsfreiheit zu rechtfertigen, ist in der Antisemitismusforschung umfänglich erforscht und häufig Gegenstand zahlreicher Antisemitismus-Debatten, gerade in Kultur und Feuilleton (siehe u. a. Schwarz-Friesel 2022b, Rensmann 2021a).

Die Beispiele der HAWK Hildesheim, der HU und FU Berlin sind jedoch keine Einzelfälle.<sup>41</sup> So schreibt die Amadeu Antonio Stiftung in einer Studie, bezugnehmend auf den Vorfall in Hildesheim, dass „Berichte von anderen Hochschulen zeigen, dass der Fall an der HAWK kein Einzelfall ist“ (Amadeu Antonio Stiftung 2017b: 6). *DER SPIEGEL* konstatierte bereits 2017: „An deutschen Unis häufen sich Antisemitismus-Vorwürfe“ und berichtet überregional verschiedene Vorfälle (Neitzsch 2017). Für die Zeitung *Welt* stellt Posener fest, dass Fälle wie der an der HAWK „überall in Deutschland“ und „an vielen Orten“ spielen können (Posener 2016b). Bei einer Recherche finden sich zahlreiche weitere Fälle um Lehrveranstaltungen an Universitäten, etwa in Hamburg<sup>42</sup>, um die es intensive Debatten um die Tradierung von Antisemitismus gab. Es ist daher zu vermuten, dass die hier dargestellten Fälle nur ein Bruchteil derjenigen sind, welche publik gemacht wurden, sodass auch in den Medien darüber berichtet wurde. Die Dunkelziffer weiterer Vorfälle ist entsprechend hoch einzuschätzen.

41 Gleichzeitig wird mit Blick auf die drei Vorfälle deutlich, dass der Hochschultyp mit Blick um antisemitische Vorfälle eine zu vernachlässigende Rolle spielt. Bei HU und FU handelt es sich um Universitäten, während die HAWK Hildesheim eine Fachhochschule ist.

42 Hier ging es auch um ein Uniseminar des Politikwissenschaftlers Rolf Hanisch mit dem Titel „Krieg und Frieden in Palästina“ sowie die Vorlesung „Der ‚neue‘ Antisemitismus – ein Weltproblem?“ (siehe ausführlich Kistenmacher 2005).

### 3.4 Veranstaltungen und Gäste: Ein Beispiel an der Universität Göttingen

Neben den Vorfällen und Debatten um Dozenten und Lehrveranstaltungen kam es an Universitäten bei Veranstaltungen zu vergleichbaren Debatten um eingeladene Gäste oder Redner, die ein israelfeindliches und dem Antisemitismus Vorschub leistendes Weltbild vertreten.

So führt seit Jahren eine Wanderausstellung mit dem Titel „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ immer wieder zu intensiven Debatten. Die Ausstellung wird von der pro-palästinensischen Initiative „Flüchtlingskinder im Libanon“ organisiert. Sie findet seit 2008 in zahlreichen deutschen und europäischen Städten statt, meist an öffentlichen Orten wie Büchereien, Volkshochschulen, Universitäten, Kirchen oder Gemeindehäusern, aber auch in Parlamenten wie dem Europäischen Parlament in Straßburg oder dem Schottischen Parlament in Edinburgh (siehe Verein Flüchtlingskinder im Libanon e. V. 2022). Die Ausstellung und das Verhalten der Organisatoren lösen dabei regelmäßig, starke Kritik aus – bspw. seitens der Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Charlotte Knobloch, verschiedener Stadt- und Regionalgruppen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft oder der Janusz-Korczak-Akademie (siehe auch AJC 2016). Viele Wissenschaftler und Personen des öffentlichen Lebens sprachen sich gegen die Durchführung der Ausstellungen aus, so z. B. der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus Felix Klein (Niewendick 2018). Neben grober Unwissenschaftlichkeit, Verdrehungen und Auslassungen wurde besonders die massive Einseitigkeit der Ausstellung unter Vorschubleistung antisemitischer Stereotype kritisiert. So spricht die Ausstellung bspw. von ethnischen Säuberungen, welche zur Staatsgründung Israels geführt hätten, dekontextualisiert Fakten und stellt Juden im Nahen Osten als kollektive Aggressoren dar (siehe u. a. AJC 2016, Feuerherdt 2016b).

Besonders heftig geführt wurde die Debatte um die im November 2016 an der Universität Göttingen geplante Ausstellung. Da diese an einer deutschen Universität stattfinden sollte, ist sie für diese Arbeit von besonderer Relevanz. Im Falle Göttingens war begleitend zur Ausstellung eine Vortragsreihe mit dem Titel „Naher Osten – ferner Frieden?“ geplant. Vortragen sollten u. a. Rolf Verleger und Udo Steinbach, die beide bereits zuvor durch israelfeindliche und dem Antisemitismus Vorschub leistende Äußerungen kritisiert worden waren (vgl. u. a. Feuerherdt 2016b, Wuliger 2014, Moscovici 2006). In einem offenen Brief kritisierte der Fachschaftsrat Sozialwissenschaften der Universität Göttingen die Ausstellung sowie

die Vortragsreihe und forderte die Universitätsleitung auf, diese abzusagen (Fachschaftrat Sozialwissenschaften der Universität Göttingen 2016). Nach einer längeren öffentlichen Debatte wurde die Ausstellung von der Universitätsleitung zunächst verschoben und eine „externe wissenschaftliche Analyse“ (zit. nach Schlegel 2016) in Auftrag gegeben. Die Ausstellung wurde daraufhin von den Organisatoren kurzfristig nicht in der Universität, sondern in einer Göttinger Galerie ausgestellt; die Vortragsreihe wurde wie geplant durchgeführt (Seminar für Arabistik/Islamwissenschaft II 2016).

Zu inhaltlich ähnlichen Debatten kommt es regelmäßig auch um eingeladene Redner oder Gäste bei Veranstaltungen an Universitäten zu verschiedenen Themen (oft mit Nahostbezug), so etwa an der Universität Leipzig 2005<sup>43</sup>, Bonn 2007, der TU Dortmund 2008, Heidelberg 2019 oder zuletzt der HU-Berlin (siehe Abbildung 3). Im Fokus der jeweiligen Interventionen und Kritik an den Veranstaltungen standen dabei nicht nur verschiedene Aussagen und Standpunkte der Gäste oder Referenten, sondern vor allem die einseitige Konzeption der Veranstaltungsreihe bzw. die antiisraelische Auffassung der Vortragenden. Sie ließ keinen Raum für Gegendarstellungen, sodass sie der Komplexität der Thematik nicht im Ansatz gerecht wurde und einer Tradierung antisemitischer Stereotype Vorschub geleistet wurde. Oftmals entzündete sich die Kritik an der Nähe der Redner zur antisemitischen BDS-Kampagne.<sup>44</sup>

Auch mit Blick auf diese Veranstaltungen und eingeladenen Gäste sind die zeitliche Dimension und der Umgang mit Kritik besonders bemerkenswert. Die Wanderausstellung an der Universität Göttingen fand zuvor bereits an zahlreichen anderen öffentlichen Orten wie Bibliotheken oder Volkshochschulen statt. Auch Studierende werden die Ausstellungen besucht und so das mit der Ausstellung konnotierte Narrativ, welches antisemitischen Stereotypen Vorschub liefert, vermittelt bekommen haben. Trotz aller Kritik findet die Ausstellung seit 2017 weiterhin regelmäßig statt, u. a. am Institut für Arabistik und Islamwissenschaften an der Universität Münster 2019 (Studierendenparlament der Universität Münster 2019: 3), 2021 in Jena<sup>45</sup> (siehe Flüchtlingskinder im Libanon e. V. 2022) oder 2023 an

---

43 Der Fall in Leipzig handelt von einer vom Philosophieprofessor Georg Meggle organisierten Ringvorlesung „Deutschland – Israel – Palästina“ (siehe ausführlich Kistenmacher 2005).

44 Siehe hierzu ausführlich Kapitel 3.5.

45 Hier lassen sich die Initiatoren sich nicht exakt ermitteln. Die Ausstellung fand im Rathaus von Jena statt; auf der Seite des Veranstaltervereins „Flüchtlingskinder im Libanon e. V.“ heißt es, Veranstalter seien „Student\*innen der Friedrich-Schiller-Uni-

der Universität Marburg. Die Tatsache, dass die Ausstellung im öffentlichen Raum ausgestellt wurde und weiter wird, verleiht ihr Glaubwürdigkeit und Legitimität. Auffällig ist, dass kaum auf die massive Kritik von verschiedener Seite – gerade auch von jüdischen Organisationen, Gemeinden, Persönlichkeiten, Initiativen etc. – eingegangen wurde (vgl. u. a. Janusz-Korczak-Akademie 2016, Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern 2014 oder DIG 2019). Wenn, dann sind die Gegenreaktionen auf die geäußerte Kritik in wesentlichen Punkten vergleichbar mit der im vorherigen Kapitel beschriebenen Kritik zu Lehrveranstaltungen oder Dozenten: Die Veranstalter bzw. Verteidiger von Veranstaltungen wie der „Nakba“-Ausstellung in Göttingen berufen sich auf die „Verteidigung der Meinungsfreiheit“ (vgl. Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e. V. 2016) bzw. die „Wissenschaftsfreiheit“ (Ambos 2016) oder sie beklagen „Zensur“ (vgl. u. a. Bax 2014). Diese Aussagen sind für die von Schwarz-Friesel beschriebenen Legitimierungs- und Vermeidungsstrategien beispielhaft und auch der Vorwurf des „Kritiktabus“ wird hier deutlich. Zusätzlich werden mit dem Verweis auf vorgeblich anerkannte (jüdische) Autoritäten klassische Rechtfertigungsstrategien bedient. So wurde im Kontext der Debatte bspw. immer wieder betont, dass sich die Ausstellung in zentralen Passagen auf Thesen und Arbeiten von jüdischen/israelischen Historikern wie Ilan Pappé stützt. Pappé stellt in der Forschung allerdings eine Einzelmeinung dar. Seine Thesen sind nicht nur äußerst umstritten, sondern wurden in der Forschung zu einem weiten Teil auch widerlegt (vgl. u. a. Morris 2011 und Yossi 2011). Mit Rolf Verleger wurde für die Vortragsreihe ein deutsch-jüdischer Professor eingeladen, der für seine israelfeindliche Haltung bekannt war und dafür vielfach kritisiert wurde (vgl. u. a., Glöckner 2015: 88, Friesel 2015, Wuliger 2014, Pfeifer 2009). Ebenfalls zu finden ist der charakteristische „Verweis auf Andere“ als Rechtfertigungsstrategie (vgl. Reinharz/Schwarz-Friesel 2013: 372 ff.); er wird ferner mit dem Hinweis auf andere Ausstellungsorte tradiert. Es wird argumentiert, die Wanderausstellung habe bereits an renommierten Orten, bspw. dem Europäischen Parlament in Straßburg, dem Palast der Vereinten Nationen in Genf oder im Schottischen Parlament in Edinburgh stattgefunden (siehe u. a. Stridde

---

versität Jena“ (siehe Flüchtlingskinder im Libanon e. V. 2022). Im Widerspruch dazu betonte der Oberbürgermeisters Jenas, die Ausstellung sei „nicht aktiv“ nach Jena geholt worden, sondern man sei vom Verein „Flüchtlingskinder im Libanon“ angefragt worden (zit. nach Stridde 2021).

2021). Nicht zuletzt ist die enorme Emotionalität zu betonen, mit der in vielen Fällen auf die Kritik an der Ausstellung reagiert wurde.<sup>46</sup>

Der Fall um die geplante Nakba-Ausstellung an der Universität Göttingen steht beispielhaft für zahlreiche Veranstaltungen (siehe Abbildung 3), die der Tradierung antisemitischer Stereotype an Universitäten Vorschub leisten. Jedoch dürfte nur über einen Bruchteil solcher Vorfälle medial berichtet worden sein, sodass die Dunkelziffer als äußerst hoch einzuschätzen ist.

### 3.5 Die Rolle der antisemitischen BDS-Kampagne

Bei (Lehr-)Veranstaltungen wie auch bei eingeladenen Gästen und Rednern an Universitäten war es oft die Nähe der Lehrenden, Vortragenden oder Veranstalter zur BDS-Kampagne („Boykott, Desinvestment und Sanktionen“), die als einer der Hauptkritikpunkte vorgebracht wurde.<sup>47</sup> Die Bewegung ist damit ein zentrales und übergreifendes Element, wenn es um Antisemitismus im akademischen Milieu und an Universitäten geht.

Ziel der transnationalen BDS-Kampagne ist die umfassende Isolierung Israels auf allen Ebenen: politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich und kulturell. Die Bewegung wurde 2005 von verschiedenen palästinensischen NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen gegründet.<sup>48</sup> Sie ist weltweit aktiv und macht mit zahlreichen Aktionen wie der jährlich veranstalteten „Israeli-Apartheid-Week“ immer wieder auf sich aufmerksam. Die Bewegung findet dabei auch prominente Unterstützer, darunter etwa Roger Waters, Desmond Tutu oder Judith Butler.

In zahlreichen Forschungen haben Wissenschaftler den virulenten Antisemitismus in der BDS-Kampagne beschrieben und analysiert. Kenneth L. Marcus betont, dass die Bewegung in ihrem Kern in der Tradition früherer Judenboykotte, wie im nationalsozialistischen Deutschland, steht (Kenneth 2015: 206 ff.). Rensmann hebt besonders die Tatsache hervor, dass die Be-

---

46 Die einzelnen Vorfälle sowie die Berichterstattung darüber sind ausführlich auf der Website des Vereins „Flüchtlingskinder im Libanon e. V.“ dokumentiert (vgl. Flüchtlingskinder im Libanon e. V. 2022).

47 So bspw. bei den Seminaren an FU und HU Berlin oder den Veranstaltungen mit Georg Meggle an der HU Berlin 2020, 2019 mit Judith Bernstein an der Universität Heidelberg oder Oldenburg.

48 Zur Geschichte und Virulenz von BDS, siehe bspw. Schwarz-Friesel 2022b: 135 – 143, Baier 2021, Ionescu 2020a oder Ionescu 2020b.

wegung „den teils offenen Antisemitismus und Judenhass ihrer prominentesten Wortführer widerspruchslös toleriert und akzeptiert“ (Rensmann 2021b). Schwarz-Friesel fasst im Interview mit dem Deutschlandfunk zusammen: „Es besteht doch gar kein Zweifel, dass diese antisemitisch sind! (...) Sie [die Bewegung] ist derealisierend, sie dämonisiert den Staat Israel und letztendlich will sie eigentlich die Zerstörung des jüdischen Nationalstaates“ (Schwarz-Friesel 2019d). Auch Forscher wie Julia Bernstein oder Samuel Salzborn pflichten dieser Einschätzung bei, indem sie BDS als „antisemitische Bewegung“ (Bernstein 2020a: 489) oder als „in ihrer Intention antisemitisch“ (Salzborn 2013: 12) bezeichnen. In der Antisemitismusforschung besteht damit weitestgehende Einigkeit, dass die BDS-Kampagne in zentralen Punkten verschiedenste antisemitische Stereotype und Narrative bedient und somit als antisemitisch zu bezeichnen ist.<sup>49</sup> Dieser Einschätzung hat sich 2019 auch der Deutsche Bundestag mit dem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“ angeschlossen. Darin wird festgestellt: „Die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Kampagne sind antisemitisch“ (Deutscher Bundestag 2019). Zuletzt ist die BDS-Kampagne auch vom deutschen Verfassungsschutz als „Beobachtungsobjekt“ (zit. nach Banse/Lutz/Müller 2021a) eingestuft worden. Es lägen bei der BDS-Kampagne „Anhaltspunkte für eine extremistische Bewegung“ vor (zit. nach Banse/Lutz/Müller 2021a), so der deutsche Inlandsgeheimdienst.

An dieser Stelle seien zur Verdeutlichung einige wesentliche und in der Forschung ausführlich dokumentierte Kernpunkte skizziert, die den antisemitischen Gehalt der Bewegung anschaulich anhand des von Schwarz-Friesel entwickelten Modells (siehe Abbildung 1, Kap. 2.4.2) nachzeichnen: So wird Israel erstens kontinuierlich als kolonialistisches Apartheid- oder Terrorregime bezeichnet. Bereits im Gründungsdokument des BDS findet sich dieser Apartheid-Vorwurf; zentral ist er auch bei der von den Unterstützern der Bewegung jährlich durchgeführten „Israeli-Apartheid-Week“. Mit dem Vorwurf der Apartheid und Kolonisation wird Israel nicht nur dä-

---

49 Eine Minorität an Wissenschaftlern (darunter auch jüdische) stufen die Kampagne dennoch nicht als (explizit) bzw. in ihrem Kern als antisemitisch ein, sehen sich mit dieser Haltung aber starker Kritik aus der Antisemitismusforschung ausgesetzt (siehe etwa der Historiker Moshe Zuckermann, der Historiker und ehemalige Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin Wolfgang Benz oder die Politikwissenschaftlerin Muriel Asseburg).



monisiert und delegitimiert, sondern es findet auch ein doppelter Standard Anwendung: Die einzige Demokratie im Nahen Osten wird mit dem rassistischen Regime Südafrikas zwischen 1948 und 1994 verglichen, während Diktaturen und autoritären Regimen selbst im Nachbarland Syrien dieser Vorwurf nicht gemacht wird. Eines der von BDS formulierten Kernziele ist zweitens die Forderung nach einem Ende der „Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes“ (BDS 2005). Dabei wird (bewusst) offengehalten, um welche Gebiete es sich genau handelt. Diese Forderung, genauso wie die nach einem uneingeschränkten Rückkehrrecht aller palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen<sup>50</sup>, bedeutet in seiner Umsetzung die Abschaffung des jüdischen Staates Israels und stellt eine klare Delegitimierung Israels dar. Kennzeichnend für den antisemitischen Diskurs im Kontext der BDS-Kampagne ist drittens die fortwährende Verwendung von NS-Vergleichen. So wird Israel „ethnische Säuberung“ oder die Verwendung von „Nazi-Methoden“ vorgeworfen, was nicht nur geschichtsrelativierend, sondern auch eine für den Post-Holocaust-Antisemitismus charakteristische Täter-Opfer-Umkehr ist (vgl. Rensmann 2021b, Baier 2021). Besonders deutlich wird viertens der massiv tradierte Antisemitismus mit Blick auf die Äußerungen zahlreicher prominenter BDS-Vertreter und -Repräsentanten. So forderte bspw. Omar Barghouti, einer der Hauptrepräsentanten und Führungsperson der Bewegung, in der *New York Times* offen die Auflösung des jüdischen Staates (Barghouti 2019). Roger Waters ließ einst auf einem Konzert ein schwarzes Ballonschwein aufsteigen, auf dem ein Davidstern abgebildet war. In Interviews wie auch auf sozialen Medien verteidigte er sein Engagement für die BDS-Kampagne u. a. mit der geschichtsrelativierenden Aussage, dies ähnele dem Kampf der „Weißen Rose“ gegen den Nationalsozialismus (vgl. Steinke 2023).<sup>51</sup>

---

50 Nach dem UN-Teilungsplan 1947 sind circa 700 000 Bewohner Palästinas geflohen oder vertrieben worden (vgl. Shapira 2014: 174 ff.). Gemäß der „United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East“ (UNRWA) wird dieser Flüchtlingsstatus so lange über die väterliche Linie der Nachkommen vererbt, bis eine „dauerhafte und gerechte“ Lösung der Flüchtlingsfrage gefunden ist (vgl. UNRWA 2015). Durch diese in der Geschichte einzigartige Vererbung des Flüchtlingsstatus wären mittlerweile knapp sechs Millionen Palästinenser (UNRWA 2023) rückkehrberechtigt (siehe hierzu ausführlich Bocco 2010 oder ADL 2016).

51 Für die massive Virulenz und Tradierung antisemitischer Stereotype unter BDS-Aktivist\*innen und -Befürwortern gibt es zahlreiche weitere Beispiele und Forschungen (siehe hierzu ausführlich u. a. Baier 2021, Ionescu 2020a, Ionescu 2020b oder Nelson 2019).



Trotz der deutlich antiisraelischen Haltung erfährt die BDS-Kampagne von verschiedensten Seiten Zulauf und Zuspruch. Besonders stark fällt die Unterstützung dabei an Universitäten, ganz besonders in den USA aus. Dort gibt es an zahlreichen Universitäten lokale BDS-Gruppen und eine Vielzahl an Studierenden und Dozenten zählen zu den Anhängern der Bewegung.<sup>52</sup> In Deutschland gibt es verschiedene Organisationen und Gruppen, etwa die „Deutsch-Palästinensische Gesellschaft“, die Hilfsorganisation „Solidarität International“, der „Verein jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“, oder die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“, die zu den Unterstützern der BDS-Kampagne zählen (vgl. Banse/Lutz/Müller 2021b). In verschiedenen Städten gibt es BDS-Unterstützungsgruppen, etwa in Bonn, Nürnberg oder Berlin, die gerade auch an Universitäten bzw. im studentischen Milieu vertreten sind. So werden bspw. Räumlichkeiten von Universitäten für Treffen und Veranstaltungen genutzt oder es wird im universitären Kontext für die Bewegung geworben. An Universitäten in Deutschland kam es in diesem Kontext zu verschiedenen Vorfällen: An der Universität Münster störten BDS-Unterstützer mehrmals Sitzungen des Studierendenparlaments, indem sie bei einer digitalen Sitzung im Chat antisemitische Kommentare posteten (Völker 2021a) oder in Präsenz Reden verlasen und unaufgefordert Broschüren verteilten. Die Polizei musste in einem Fall die Störer aus dem Saal führen (Völker 2021a, Völker 2021b). Ein Vorfall an der HU Berlin 2017 verdeutlicht die Virulenz von Antisemitismus innerhalb der BDS-Kampagne ganz besonders. Mindestens drei BDS-Unterstützer störten und unterbrachen eine Veranstaltung zum Thema „Leben in Israel“ mit der Knesset-Abgeordneten Aliza Lavie und der Holocaustüberlebenden Dvora Weinstein (vgl. Ionescu 2020a: 17). Dabei wurden antisemitische Parolen wie „Das Blut des Gazastreifens klebt an ihrer Hand“ oder „Kindermörder“ (zit. nach Goldstein 2017) gerufen. Der Fall führte auch in Israel zu Schlagzeilen (vgl. Baruch 2017, Weinthal 2017b).

Eine Studie der AMCHA-Initiative aus den USA von März 2022 verdeutlicht, welchen Einfluss die BDS-Kampagne auf antisemitische Aktivitäten im universitären Kontext hat. Die Studie von März 2022 zeigt, dass sich die Wahrscheinlichkeit für antisemitische Vorfälle an Universitäten signifikant erhöht, wenn von mehreren akademischen Lehrkräften die BDS-Kampa-

---

52 Prominentes Beispiel ist die Philosophin und Geschlechterforscherin Judith Butler. Aufgrund der besonderen Verhältnisse und dem dort stark ausgeprägten Campus-Antisemitismus in den USA wird darauf in einem gesonderten Kapitel 3.7 eingegangen. Zur Virulenz der BDS-Kampagne in den USA und den massiven Debatten darum, siehe ausführlich Nelson (2019: 18 ff.).

gne unterstützt wird. So ist bei Institutionen mit mehr als fünf BDS-Befürwortern unter den Lehrkräften die Wahrscheinlichkeit 3,6-mal so hoch, dass es zu Vorfällen gegen jüdische oder pro-israelisch eingestellte Studierende kommt, als an anderen Universitäten (AMCHA-Initiative 2022: 4). Auch die Wahrscheinlichkeit, dass von Studierendenorganisationen antizionistische Erklärungen abgegeben werden, erhöht sich in dem Fall um das 5,6-fache (ebd.: 4). Für Deutschland gibt es bisher keine vergleichbare Studie. Vor dem Hintergrund der zuvor dargestellten Vorfälle ist allerdings zu vermuten, dass sich auch an Universitäten in Deutschland die Wahrscheinlichkeit antisemitischer Vorfälle mit erhöhten BDS-Aktivitäten signifikant erhöht.

Gegen die BDS-Kampagne und ihre Unterstützer hat sich mittlerweile an zahlreichen Universitäten in Deutschland Widerstand formiert. Studentische Gremien<sup>53</sup>, Initiativen und Parteien haben Beschlüsse und Erklärungen formuliert, in denen sie die BDS-Kampagne als antisemitisch kennzeichnen, ihre Ziele verurteilen und sich davon distanzieren.<sup>54</sup> Diese Beschlüsse, Aufforderungen und Erklärungen beinhalten meist den Appel, Sensibilisierungsmaßnahmen durchzuführen, sowie die Verpflichtung, Formate, an denen die BDS-Kampagne beteiligt ist, in keinerlei Form zu unterstützen (vgl. Ionescu 2020a: 22). So fordern verschiedene Gremien und Vertretungen dazu auf, Veranstaltungen der BDS-Kampagne nach Möglichkeit zu untersagen, nicht zu fördern und ihnen keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen (siehe u. a. AStA Rostock 2018, AStA Köln 2018 oder fzs 2019). Auch die deutsche Hochschulrektorenkonferenz, in der sich 268 deutsche Hochschulen zusammengeschlossen haben, hat sich 2019 mit der Entschließung „Kein Platz für Antisemitismus“ (Hochschulrektorenkonferenz 2019) deutlich gegen die BDS-Kampagne positioniert. Diese bezieht sich auf die Resolution des fzs und konstatiert: „Die Mitgliederversammlung der HRK unterstützt die Resolution „Gegen BDS und jeden Antisemitismus (...)“ (Hochschulrektorenkonferenz 2019).

---

53 Wie bspw. Allgemeine Studierenden-Ausschüsse, Studierendenparlamente oder Studierendenräte.

54 Eine ausführliche Dokumentation der studentischen Initiativen gegen BDS findet sich im Dossier Dana Ionescu: „BDS-Bewegung/Antisemitische Boykottkampagnen gegen Israel“ (Ionescu 2020a). Besonders hervorzuheben ist die verabschiedete Resolution „Gegen BDS und jeden Antisemitismus“ von dem „freien Zusammenschluss von Student:innenschaften“ (fzs 2019). Die Resolution entstand 2019 im Rahmen der ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz unter Beteiligung der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, des Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft sowie verschiedener parteinaher Hochschulgruppen (fzs 2019).

### 3.6 Reflexhafte Verteidigung – Debatten, offene Briefe und Initiativen aus dem akademischen Milieu

Das Engagement für sowie die Nähe verschiedener Personen zur BDS-Kampagne, besonders häufig im Kunst- und Kulturbereich, wird in den letzten Jahren verstärkt öffentlich kritisiert und ist in der Folge Gegenstand heftiger Debatten. In der Regel wird dabei auf den virulenten Antisemitismus innerhalb der Bewegung sowie den Bundestagsbeschluss von 2019 hingewiesen, wonach „keine Veranstaltungen der BDS-Kampagne oder Gruppierungen, die deren Ziele aktiv verfolgen“ (Deutscher Bundestag 2019), in irgendeiner Form unterstützt werden sollen. Dennoch werden Personen, um die es bei solchen Vorfällen gerade aus dem (hoch)gebildeten, akademischen Milieu geht, vehement verteidigt und ihr Engagement wird gerechtfertigt. Es entfalten sich teilweise heftige Debatten in den Feuilletons großer Zeitungen oder Talkshows. Es werden offene Briefe zur Verteidigung der „Gedanken- und Meinungsfreiheit“ (Offener Brief afrikanischer Intellektueller, Schriftsteller- und KünstlerInnen 2020) geschrieben, unterzeichnet und veröffentlicht.

Eine der heftigsten, über Wochen hinweg geführte und in der Öffentlichkeit stark wahrgenommene Debatte drehte sich dabei um den geplanten Auftritt des Kolonialismusforschers Achille Mbembe auf der Ruhrtriennale 2020. Der FDP-Landtagsabgeordnete des Landes Nordrhein-Westfalen, Lorenz Deutsch, kritisierte im Vorfeld der Ruhrtriennale verschiedene antisemitische Argumentationen Mbembes sowie dessen Nähe zur BDS-Kampagne und forderte seine Ausladung. Der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus Felix Klein wie auch der Zentralrat der Juden schlossen sich dieser Kritik an (Witte 2020). In verschiedenen offenen Briefen verteidigten dagegen diverse Intellektuelle, Wissenschaftler und Kulturschaffende Mbembe und kritisierten Felix Klein bzw. forderten ihrerseits dessen Absetzung (Offener Brief afrikanischer Intellektueller, Schriftsteller- und KünstlerInnen 2020). Der Streit endete durch die Absage der Veranstaltung aufgrund der Coronapandemie; offiziell eingeladen wurde Mbembe von den Organisatoren der Ruhrtriennale nicht.

In verschiedenen Veröffentlichungen ist breit dokumentiert, dass Mbembe Texte verfasst hat, in denen klassische Topoi der Judenfeindschaft bedient werden (siehe bspw. Kaube 2020, Schwarz-Friesel 2020a, Posener 2020a, Feuerherdt 2020). Anhand der dennoch um ihn geführten Debat-

te werden zentrale Problematiken im Umgang mit Antisemitismus im akademischen Milieu deutlich. Es finden sich zahlreiche der in Kapitel 2.4 beschriebenen Argumentationsmuster, Textstrategien wie auch weitere Charakteristika des Gebildeten Antisemitismus wieder. So wurde in den offenen Briefen behauptet, die Vorwürfe gegen Mbembe würden das Grundrecht auf Meinungsfreiheit untergraben (Offener Brief afrikanischer Intellektueller, Schriftsteller-, und KünstlerInnen 2020); damit wurde ein „Kritiktabu“ und ein angebliches Einengen des Diskursraumes beklagt. Der Mythos, „Israelkritik“ ließe sich nicht von Antisemitismus trennen – trotz klarer vorhandener Kriterien (vgl. Abbildung 1) – wurde weiter befeuert. Auch die charakteristische hohe emotionale persönliche Betroffenheit und emotionale Involviertheit über den Antisemitismusvorwurf wurden an verschiedener Stelle deutlich, zuvorderst in Mbembes eigener Antwort auf die Kritik: „Diese Unterstellung trifft mich in meiner Seele“ (Mbembe 2020b). Charakteristisch sind ferner die Faktenresistenz und Kritikunfähigkeit, die während der Debatte bei Mbembe wie auch seinen Verteidigern festzustellen waren. Statt die geäußerten Vorwürfe ernst zu nehmen, sich damit auseinanderzusetzen und die eigene Position kritisch zu hinterfragen, kam es zu einer reflexhaften vehementen Verteidigung. Gleichzeitig wurde zum Angriff übergegangen, wie die Forderung, Felix Klein nach seiner sachlichen Kritik zu entlassen, verdeutlicht. Es wird in diesem Zusammenhang auch versucht, sich gegen den Antisemitismusvorwurf zu immunisieren, indem der typische Verweis auf Andere genutzt wird, wenn bspw. auf jüdische Freunde oder den offenen Brief jüdischer Intellektueller zur Verteidigung Mbembes verwiesen wird (vgl. Mbembe 2020a). Deutlich wurden ferner auch Relativierungs- und Leugnungstendenzen mit Bezug auf BDS. Im Laufe der Debatte wurde Mbembes Haltung zur BDS-Kampagne kritisiert. Aus dem akademischen Milieu heraus wurde dann nicht nur sein Engagement an sich abgestritten, kleingeredet oder verteidigt, sondern auch die BDS-Kampagne als Ganzes legitimiert und ihre israelfeindliche Grundhaltung gelehnet. Die Mbembe-Debatte verdeutlicht damit eindeutig das, was Schwarz-Friesel als „Wahrnehmungs- und Akzeptanzproblem“ (Schwarz-Friesel 2022a: 141) beschreibt.<sup>55</sup>

---

55 Praktisch dasselbe lässt sich auch bei den jüngeren Debatten um die Aussagen der SWP-Wissenschaftlerin Asseburg 2023 oder die Diskussionen um die Documenta 2022 feststellen. Die Darstellung beider Fälle würde an dieser Stelle über den Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit hinausgehen, weswegen exemplarisch die Mbembe-Debatte ausgewählt wurde.

Im Kontext dieser Antisemitismus-Debatten sind auch Initiativen wie „GG 5.3 Weltoffenheit“ oder die sogenannte „Jerusalem Declaration on Antisemitism“ zu sehen. Erstere wurde Ende 2020 von verschiedenen Repräsentanten öffentlicher deutscher Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen veröffentlicht. Die Initiatoren sehen Vielstimmigkeit sowie die Möglichkeit zu kontroversen Debatten in Deutschland gefährdet. Dabei beziehen sie sich explizit auf die Mbembe-Debatte und beklagen eine angebliche „missbräuchliche Verwendung des Antisemitismusvorwurfs“ (GG 5.3 Weltoffenheit 2020), ausgelöst durch die BDS-Resolution des Bundestags von 2019. Die Initiatoren sehen sich als Verteidiger der weltoffenen Gesellschaft, in der „Vielstimmigkeit“ garantiert und „abweichende Positionen“ zugelassen werden (GG 5.3 Weltoffenheit 2020). Wenig später, im März 2021, wurde die international angelegte, sogenannte „Jerusalem Declaration on Antisemitism“ veröffentlicht, die in eine ähnliche Richtung zielt. Die Unterzeichner sehen international die „offene Debatte“ über Israel bzw. Palästina gefährdet und machen dies an der aus ihrer Sicht unklaren und unbrauchbaren Antisemitismus-Definition der IHRA fest (The Jerusalem Declaration on Antisemitism 2021). Selbsterklärter Anspruch ist es, eine aus ihrer Sicht brauchbarere und handhabbarere Definition zur Verfügung zu stellen und deren Etablierung voranzubringen. Die von circa 20 Akademikern erstellte und von 210 Forschern unterschriebene (The Jerusalem Declaration on Antisemitism 2021) Erklärung wurde seitens der Antisemitismusforschung vielfach und stark kritisiert. Antisemitismusforscher haben dabei ihre „Unwissenschaftlichkeit“ (vgl. Bernstein/Rensmann/Schwarz-Friesel 2021) sowie ihren ideologischen Charakter als „politisches Manifest“ (Rensmann 2021a) herausgearbeitet. Es handle sich bei der „Jerusalem Declaration on Antisemitism“ mehr um einen Versuch der „Freisprechung vom Antisemitismusverdacht“ (Küntzel 2021) als um einen gewinnbringenden Beitrag zur Forschung. Der „Jerusalem Declaration on Antisemitism“, so fassen Bernstein, Rensmann und Schwarz-Friesel zusammen, sollte aufgrund der wirklichen Probleme der Antisemitismusforschung „möglichst keine Aufmerksamkeit“ (Bernstein/Rensmann/Schwarz-Friesel 2021) geschenkt werden.<sup>56</sup>

---

56 Diese Arbeit schließt sich dieser Kritik an und bezieht sich daher grundlegend auf die bewährte und vielfach implementierte Definition der IHRA unter Erweiterung einiger Elemente (vgl. Kap. 2.1). Zu betonen ist an dieser Stelle der eklatante Rückschritt, den die „Jerusalem Deklaration“ darstellt. Statt die massiven Probleme mit aktuellem Judenhass geschlossen anzugehen, wird mit der Deklaration das praktikable,

Für den universitären Raum und die Gruppe der Studierenden haben Antisemitismus-Debatten wie die um Mbembe, Initiativen wie „GG 5.3 Weltoffenheit“ oder die „Jerusalemener Erklärung“ eine besondere Bedeutung und Relevanz, denn die Debatten finden vorwiegend im akademisch-wissenschaftlichen Milieu statt. Sowohl ein Großteil der Personen, um die es in den Debatten geht, als auch die Wortführenden in den anschließenden Auseinandersetzungen sind hochgebildete Akademiker. Viele von ihnen sind an Universitäten angestellt und den Studierenden aus Lehre und Forschung bekannt. Aufgrund ihrer Prominenz, bspw. als Institutsleiter, Lehrstuhlinhaber oder Autoren in bekannten Medien, hat ihr Wort besonderes Gewicht. Mbembe bspw. ist einer der bekanntesten afrikanischen Theoretiker des Postkolonialismus; die Erstunterzeichner der „Jerusalemener Erklärung“ haben alle einen Doktor- oder Professorentitel. Die Antisemitismus-Debatten wie auch die Initiativen werden zudem an Universitäten bzw. im universitären Kontext rezipiert, bspw. in (Lehr-)Veranstaltungen, Vorträgen oder bei Diskussionen in studentischen Gruppen.

#### 3.7 Zur Situation in den USA und Großbritannien: Campus-Antisemitismus

Weltweit kommt es zu einer immer stärkeren Internationalisierung und Vernetzung im universitären Kontext. Die Mobilität von Wissenschaftlern und Studierenden steigt kontinuierlich, internationale Kooperationen werden vertieft und mehr deutsche Studierende streben ein Auslandsstudium an bzw. mehr ausländische Studierende kommen zum Studieren nach Deutschland (vgl. Hochschul-Bildungs-Report 2020: 22 ff.). Die für Deutschland beschriebenen Beobachtungen zu Antisemitismus an Universitäten sind demnach nicht losgelöst von internationalen Entwicklungen, gerade in anderen westlichen Ländern, zu verstehen. Für einen Vergleich sind besonders die USA und Großbritannien mit ihren prestigeträchtigen Universitäten, aber auch Frankreich als bevölkerungsreiches EU-Land mit enger Partnerschaft zu Deutschland bedeutsam. Hierbei sind die jeweils unterschiedliche Geschichte wie auch der unterschiedliche Bezug zum Judentum („Land der Täter“ vs. „Land der Befreier“ bzw. Zufluchtsort) zu berücksichtigen, wie auch die völlig unterschiedlichen Begebenheiten sowie Situationen und Selbstverständnisse der jüdischen Gemeinschaft in-

---

anerkannte und erprobte Instrumentarium der IHRA-Definition diskreditiert und in Frage gestellt.

nerhalb der entsprechenden (Mehrheits-)Gesellschaft. So ist der Anteil der jüdischen Bevölkerung ganz besonders in den USA, aber auch in Großbritannien und Frankreich wesentlich höher als in Deutschland.<sup>57</sup> Jüdisches Leben ist dort auch an Universitäten wesentlich sicht- und spürbarer und zudem organisierter. Studierendeninitiativen, -kampagnen und -gruppen führen zu einer deutlichen Wahrnehmung von jüdischem Leben an Universitäten in diesen Ländern, während dies in Deutschland aufgrund der geringeren Anzahl vergleichsweise weniger der Fall ist.<sup>58</sup> Dies führt auch zu einer wesentlich besseren Datenlage. Verschiedene Institutionen publizieren regelmäßig Studien zu Campus-Antisemitismus (siehe etwa Louis-Brandeis-Center, AMCHA, ADL oder AJC); verschiedene Autoren haben umfangreiche Werke dazu vorgelegt (vgl. u. a. Nelson 2019, Lipstadt 2019, Hirsh 2017). Diese Unterschiede in Situation und Grundvoraussetzungen sind bei der Interpretation zu berücksichtigen.

In den USA und Großbritannien beschreiben einige Studien, meist basierend auf Umfragen unter jüdischen Studierenden, die Verbreitung antisemitischer Einstellungen an Universitäten. Bei einer Onlineumfrage gaben über 50 % der befragten jüdischen Studierenden an, entweder selbst Opfer oder Zeuge antisemitischer Anfeindungen geworden zu sein (Kosmin/Keysar 2015: 4).<sup>59</sup> Eine weitere Umfragestudie unter jüdischen Studierenden an 50 amerikanischen Universitäten zeigte deutliche Unterschiede in der Intensität antisemitischer Vorfälle. So gibt es einige ‚Hotspot‘-Universitäten, an denen über ein Viertel der Befragten Antisemitismus erfahren und über die Hälfte von einer spürbar feindseligen Einstellung gegenüber Israel berichtet haben. Beide – antisemitische Vorfälle und eine offene Israelfeindschaft – scheinen, so die Autoren, eng miteinander verbunden zu sein. Einer der

---

57 So lebten 2023 in den USA circa 7,5 Millionen, in Frankreich 440 000 und in Großbritannien 312 000 Juden, während es in Deutschland circa 125 000 sind (Statista 2023).

58 Dies soll nicht die Leistung wichtiger jüdischer Initiativen wie der Jüdischen Studierenden Union oder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Deutschland schmälern. Diese sind an zahlreichen Universitäten vertreten und eine wichtige Stimme für junges jüdisches Leben in Deutschland.

59 Validität und Repräsentativität der Studie müssen hier jedoch im Kontext gesehen werden, wie die Autoren selbst feststellen. An der online durchgeführten Umfrage nahmen 1157 Studierende an US-amerikanischen Universitäten teil, die sich selbst als Juden identifizieren. So ist die Studie nicht repräsentativ. Außerdem kann online die Richtigkeit der Angaben der Interviewteilnehmer nicht überprüft werden. Auch herrscht in Wissenschaft und in den jüdischen Gemeinschaften keine Einigkeit darüber, wann jemand als Jude bezeichnet werden kann (vgl. Kosmin/Keysar 2015: 16).



stärksten Indikatoren für feindselige Einstellungen gegenüber Juden oder Israel ist laut der Studie außerdem das Vorhandensein einer aktiven Gruppe namens „Students for Justice in Palestine“ auf dem entsprechenden Campus (Saxe et al. 2016: 1). Dies deckt sich mit den jüngsten Studienergebnissen der AMCHA-Initiative, basierend auf empirischen Daten, wonach sich mit einem aktiven BDS-Engagement (bspw. durch BDS-unterstützende Lehrpersonen, studentische Gruppen oder Initiativen) an US-Universitäten auch die Anzahl von antisemitischen Vorfällen signifikant erhöht (vgl. AMCHA-Initiative 2022 und siehe auch Kap. 3.5). In Großbritannien erfasst der „Community Security Trust“ (CST) antisemitische Vorfälle an Universitäten. Von 2018 bis 2020 wurden 123 antisemitische Vorfälle<sup>60</sup> gemeldet (58 im akademischen Jahr 2018/19; 65 im akademischen Jahr 2019/20), 41 % davon fanden online statt (Community Security Trust 2022: 5). Die Anzahl der Vorfälle steigt seit 2017 kontinuierlich an, was die Autoren aber u. a. auf die verstärkten Bemühungen zurückführen, Studierende zu motivieren, antisemitische Vorfälle zu melden (ebd.: 4). Die meisten Vorfälle wurden an Universitäten gemeldet, an denen auch viele jüdische Studierende studieren; dies entspricht dem Trend, dass in Gebieten mit stärkerer Repräsentanz jüdischen Lebens auch mehr antisemitische Vorfälle gemeldet werden (ebd.: 11).<sup>61</sup> Im Bericht des CST werden außerdem verschiedene Vorfälle skizziert, in deren Kontext es zu Antisemitismus kam. Bei den geschilderten Fällen handelt es sich oftmals um Vorfälle mit externen Gästen oder Organisationen auf dem Campus, die bereits im Vorfeld mit antisemitischen Aussagen wie bspw. Holocaust-Verharmlosungen oder antisemitischer Hasssprache massive Kritik auf sich gezogen hatten (ebd.:

---

60 Die IHRA-Definition stellt hierbei die Grundlage für die Klassifizierung als antisemitischer Vorfall dar. Eingeordnet werden die Vorfälle in die Rubriken Beschädigung und Schändung, tätlicher Angriff, Drohungen sowie beleidigendes Verhalten (Community Security Trust 2022: 16). Gezählt werden Vorfälle, die Studierende, Mitarbeitende oder studentische Institutionen einer Universität in Großbritannien zum Ziel haben. Es werden auch Vorfälle außerhalb des Campus gezählt, wenn sie in Beziehung zum studentischen Status des Opfers stehen (ebd.: 10).

61 Für diese Beobachtung kann es mehrere Gründe geben. Zum einen können bei einer größeren jüdischen Bevölkerung auch mehr Menschen Opfer antisemitischer Vorfälle sein. Außerdem gibt es mehr Menschen, die Vorfälle melden. Gegebenenfalls sind bei größeren jüdischen Communitys auch bessere Meldemöglichkeiten vorhanden bzw. die Sensibilisierung für antisemitische Vorfälle erhöht. Es ist unklar, inwieweit ein präsenteres jüdisches Leben tatsächlich prozentual gesehen zu mehr Antisemitismus führt. Für eine weitere Untersuchung erscheint es interessant, festzustellen, inwieweit ein präsentes jüdisches Leben antisemitische Vorfälle ‚triggert‘.

24 ff.).<sup>62</sup> Die Studie der AMCHA-Initiative für die Universitäten in den USA zeigt außerdem, dass es in Zeiträumen, in denen sich die Sicherheitslage in Israel im Rahmen des Nahostkonfliktes zuspitzte, zu einer massiven Erhöhung antisemitischer Vorfälle an US-Universitäten kam. So fanden über die Hälfte (455 Vorfälle) der von 2020 bis 2021 registrierten Vorfälle zwischen dem 10. Mai und 30. Juni 2021 während der Israel-Hamas-Auseinandersetzungen statt. Die Anzahl der Vorfälle in diesem Zeitraum war damit achtmal höher als die der registrierten Vorfälle im selben Zeitraum des Vorjahres 2020 (57 Vorfälle) (AMCHA 2022: 6). Zunehmende antisemitische Vorfälle bei einer sich zuspitzenden Sicherheitslage in Israel sind auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten, wie bspw. ein Vorfall mit antisemitischen Schmierereien in Frankreich an der Science-Po Paris verdeutlicht (Simon-Wiesenthal-Center 2021).

Zu betonen sind unabhängig von diesen konkreten Vorfällen der Einfluss und die Reichweite einiger international anerkannter Akademiker, die die BDS-Kampagne unterstützen und in ihren jeweiligen Disziplinen einen anerkannten Ruf genießen. Eines der prominentesten Beispiele ist die Philosophin und Genderforscherin Judith Butler. Cary Nelson beschreibt in seinem umfangreichen Werk „Israel Denial“ detailliert den Einfluss prominenter BDS-Unterstützer auf den Diskurs und die Auswirkungen für die Situation an Universitäten in den USA (vgl. Nelson 2019: 67 ff.). Gerade im links-liberal geprägten Spektrum finden ihre Ansichten und ihr Engagement Unterstützung, wie bspw. verschiedene Aussagen der jungen demokratischen Abgeordneten Rashida Tlaib, Ilhan Omar oder Alexandria Ocasio-Cortez in den USA zeigen.<sup>63</sup> In Großbritannien waren es Politiker der Labour-Partei wie bspw. Jeremy Corbyn, Kate Osamor oder Chris Williamson, die immer wieder für ihre Haltung gegenüber dem BDS kritisiert wurden (vgl. Hirsh 2017: 40 ff.). Die Virulenz und Debatten um BDS und Antisemitismus an Universitäten in den USA und Großbritannien sind ferner im größeren Kontext der massiv zunehmenden Polarisierung (gerade unter Studierenden) in beiden Ländern zu sehen. Forschende kon-

---

62 Aufgrund der engen Fassung der Antisemitismus-Definition werden diese Vorfälle nicht in der Gesamtzählung erfasst, wegen ihrer Wichtigkeit jedoch im Bericht ausgeführt und erläutert (CST 2022: 24).

63 Die jungen Abgeordneten der Demokraten sind mehrmals für ihre unterstützende Haltung zu BDS kritisiert worden. Besonders die Entscheidung der israelischen Regierung, Omar und Tlaib 2019 aufgrund ihrer Haltung u. a. zu BDS nicht für einen Besuch der palästinensischen Gebiete einreisen zu lassen, sorgte für Schlagzeilen (vgl. Sydow 2019).

statieren nicht nur bei Themen rund um Gleichberechtigung, Rassismus, Klimawandel und auch Antisemitismus in den letzten Jahren eine massiv zunehmende Emotionalisierung sowie eine Verhärtung der Debatten. Renommnierte Wissenschaftler wie Butler oder auch Politiker wie Omar, Tlaib, Ocasio-Cortez oder Corbyn sind als ‚Galionsfiguren‘ gerade im universitären links-liberalen Milieu für ihre Haltung und ihre Überzeugungen angesehen und werden bewundert. Ihr Engagement und ihre Unterstützung für BDS kann so bei Studierenden Zustimmung und Legitimität für die Bewegung erzeugen.

Diese Entwicklung ist auch in Deutschland spürbar, wie gerade die im gebildeten Milieu geführten Debatten um Mbembe, die Initiative GG 5.3 Weltoffenheit oder die Documenta 15 in Kassel gezeigt haben (vgl. Kap. 3.6). Dennoch ist in Deutschland die explizite Unterstützung der BDS-Kampagne durch Lehrpersonal vergleichsweise weniger spürbar und findet eher implizit statt (vgl. Kap. 3.5). Dies ist zum einen auf den Bundestagsbeschluss gegen die BDS-Resolution (vgl. Deutscher Bundestag 2019) zurückzuführen, zum anderen auf verstärktes (studentisches) Engagement gegen die Bewegung. Die Werke einflussreicher BDS-Unterstützer wie Butler werden auch in Deutschland breit rezipiert; vor allem im studentischen Milieu wird sich vielfältig mit ihren Werken zu Gender, Feminismus und Philosophie auseinandergesetzt. So wird auch im deutschen Diskurs immer wieder von Verteidigern der BDS-Kampagne auf die Unterstützung durch bekannte ‚Galionsfiguren‘ verwiesen (siehe etwa BDS-Kampagne 2023 oder Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost 2019).

Zusammenfassend sind mit Blick auf die Situation an Universitäten in den USA und Großbritannien folgende Beobachtungen und Entwicklungen festzuhalten: Zunächst ist eine Zunahme antisemitischer Vorfälle im universitären Milieu zu konstatieren. An Orten, wo jüdisches Leben besonders präsent und stark vertreten ist, oder in Zeiten, in denen die Lage in Israel bzw. Nahost besonders angespannt ist, werden auffallend viele Vorfälle gemeldet. Meistens stehen gemeldete Vorfälle thematisch in Verbindung zu Israel oder dem Nahostkonflikt. Die starke Repräsentanz israelfeindlicher Gruppen wie BDS erhöht zudem die Anzahl antisemitischer Vorfälle. Wie in Deutschland stehen Vorfälle dabei oftmals in Verbindung mit Gästen, die sich für BDS engagieren und bereits vorher diesbezüglich kritisiert wurden. Festzuhalten sind ferner eine wesentliche Verschärfung, zunehmende Polarisierung und Emotionalisierung, sobald es um Antisemitismus geht. Zwar stellen die USA und Großbritannien mit ihrem verhältnismäßig großen jüdischen Bevölkerungsanteil Sonderfälle dar; die Entwicklungen in

Deutschland lassen sich aber keineswegs losgelöst davon betrachten. So wurde deutlich, dass zahlreiche Aspekte dieser geschilderten Entwicklungen auch in Deutschland zu beobachten sind bzw. Einfluss auf das universitäre Milieu in Deutschland haben. Die Ergebnisse der hier vorliegenden Studie sind im Ergebnisteil im Kontext dieser Entwicklungen zu interpretieren.

### 3.8 Zwischenfazit: Zwischen Kontinuität und ‚blindem Fleck‘

Das vorliegende Kapitel 3 hat anhand verschiedener Beispiele gezeigt, wie Formen von Antisemitismus an Universitäten bereits vor den Ereignissen des 7. Oktobers 2023 virulent waren. Es sind besonders Fälle um Dozenten und Lehrveranstaltungen sowie um Veranstaltungen und eingeladene Gäste dokumentiert, durch die antisemitische Inhalte geäußert und im universitären Raum an ein breites studentisches Publikum vermittelt wurden. Lange war es zunächst schwer nachweisbar, ob die Frequenz dieser Vorfälle zu- oder abgenommen hat. In den letzten Jahren waren aber insgesamt mehr Fälle rekonstruierbar. Mit dem 7. Oktober 2023 ist ein regelrechter Ausbruch an Vorfällen zu verzeichnen, die weiterhin anhalten (Stand Januar 2024). Dies dürfte zum einen an der gestiegenen Sensibilität durch die mediale Berichterstattung im Kontext des Bundestagsbeschlusses gegen die BDS-Bewegung 2019 und verschiedener Antisemitismus-Debatten liegen. Zum anderen gibt es durch die Digitalisierung und das Internet vereinfachte Möglichkeiten zur Meldung und Schaffung von Aufmerksamkeit, womit Vorfälle besser nachvollziehbar und rekonstruierbar werden. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die dokumentierten Fälle nur die sprichwörtliche ‚Spitze des Eisberges‘ darstellen und es zahlreiche weitere vergleichbare Fälle gab und gibt, die nicht das gleiche mediale Echo erfahren haben. Dies verdeutlicht besonders der dargestellte Fall an der HAWK Hildesheim, wo die Dozentin über viele Jahre israel- und jüdenfeindliche Inhalte an Studierende vermittelte. Fälle wie dieser verdeutlichen das strukturelle Problem, das an Universitäten auftritt: Vorfälle werden vertuscht, verharmlost oder nicht wahr- und ernstgenommen. Reaktionen, Handlungen und Konsequenzen folgen auf diese Vorfälle meist erst dann, wenn der Druck durch die mediale Berichterstattung zu groß geworden ist.

Die Kombination aus der zu Beginn des Kapitels dargestellten historischen Verankerung von Antisemitismus an Universitäten und der anschließenden Beschreibung gegenwärtiger Vorkommnisse weist dabei auf eine

Kontinuität von Antisemitismus an Universitäten hin. Antisemitismus an Universitäten lässt sich über Jahrhunderte hinweg in der deutschen Universitätslandschaft nachzeichnen. Aus historischer Perspektive kann daher festgehalten werden, dass der Antisemitismus an Universitäten nicht nur stets stark ausgeprägt war, sondern seit jeher auch eine wesentliche Rolle bei der Verbreitung antisemitischen Gedankengutes in der Gesamtbevölkerung eingenommen hat und diese somit als „Vorreiter judenfeindlicher Diskriminierung“ (Schwarz-Friesel 2016) bezeichnet werden können. Als Bildungsinstitutionen sind Universitäten essenzielle Bestandteile der Gesellschaft, an denen sich Antisemitismus somit als gesamtgesellschaftliches Phänomen und „kultureller Code“ (Volkov 2000) widerspiegelt. Einige Verbalisierungsformen von Antisemitismus scheinen dabei im gebildeten Milieu der Universität auf besonders fruchtbaren Boden zu fallen. Dies wurde in Kapitel 3.5 nicht zuletzt durch die beschriebene Nähe bzw. Unterstützung für die BDS-Kampagne, die bei den meisten der dargestellten Fälle feststellbar ist, deutlich. Der in der BDS-Kampagne virulente Antisemitismus wird im akademischen Milieu an vielen Stellen konsequent verharmlost, kleingeredet und gerechtfertigt. Hier ist besonders die vehemente, reflexhafte Verteidigung zentral. Statt sich im akademischen Bereich mit den Vorwürfen ernsthaft auseinanderzusetzen und zentrale seit Jahren vorliegende Ergebnisse der Antisemitismusforschung zu berücksichtigen, werden diese diskreditiert, geleugnet und relativiert. In vermeintlichen Antisemitismus-Debatten wie der um Mbembe oder Initiativen wie „GG 5.3 Weltoffenheit“ ist dieses massive „Akzeptanz- und Wahrnehmungsproblem“ (Schwarz-Friesel 2022a) besonders spürbar.

Die in diesem Kapitel beschriebenen Beobachtungen decken sich auch mit dem in Kapitel 2.4 dargestellten Forschungsstand, wonach der Israel-bezogene Antisemitismus nicht nur die aktuell dominanteste Form der Judenfeindschaft, sondern gerade im akademischen Milieu besonders stark ausgeprägt ist. Die vorgestellten quantitativen und qualitativen Studien und Analysen (vgl. Kap. 2.5) unterstreichen, dass auch (hoch)gebildete Menschen Formen von Judenfeindschaft in sich tragen und verbreiten, was sich in den in diesem Kapitel dargestellten Vorfällen und Debatten widerspiegelt. Für die hier vorliegende Arbeit ist es daher interessant, inwiefern sich diese im „studentischen Denken und Wissen“ niederschlagen haben bzw. auffindbar sind. Hier herrscht in der Forschung ein ‚blinder Fleck‘ und es handelt sich um ein vernachlässigtes Forschungsthema. Wie im vorliegenden Kapitel dargestellt, ist das Vorkommen von Antisemitismus an Universitäten bekannt und lässt sich anhand von Vorfällen nachzeichnen.

Diese wurden zum Teil ausführlich rekonstruiert und auch wissenschaftlich analysiert, aber selten in den Gesamtkontext des akademischen Milieus oder der Universitätslandschaft gesetzt. Empirische Analysen, die über einzelne Vorfälle oder Debatten hinausgehen, finden sich kaum (vgl. Kap. 2.5). Dies mag zu einem Teil an einer schwierigen Quellenlage und dem hohen Aufwand möglicher Datenerhebungen liegen, zum anderen fällt es aus der Wissenschaft heraus schwer, die eigene Institution bezüglich eines unbequemen Themas zu analysieren und sprichwörtlich ‚das eigene Nest zu beschmutzen‘. Die genaue Ausgestaltung von Antisemitismus – allen voran im allgemeinen studentischen Denken bzw. konkret unter Studierenden – bleibt bisher unbekannt. Die vorliegende Arbeit soll dazu beitragen, den ‚blinden Fleck‘ sichtbarer und die – basierend auf dem vorliegenden Kapitel – angenommene Kontinuität von Antisemitismus im universitären Milieu durch die Untersuchung der Gruppe der Studierenden empirisch nachweisbar zu machen. Ziel ist das Treffen belastbarer Aussagen über Antisemitismus bei der an Universitäten vertretenen Hauptgruppe, den Studierenden. Welche antisemitischen Stereotype und aus der Forschung bekannten Textstrategien bzw. Argumentationsmuster des Gebildeten Antisemitismus sind besonders präsent? Äußern Studierende bspw. eine klare Zustimmung oder Ablehnung zu Bewegungen wie BDS oder vermeiden sie hier eine klare Positionierung? Werden Inhalte oder Argumentationsstrategien von Initiativen wie „GG 5.3 Weltoffenheit“ oder Erklärungen wie der „Jerusalem Declaration on Antisemitism“ rezipiert? Wird der Diskurs aus Antisemitismus-Debatten an Universitäten weitergeführt oder lassen sich zentrale Narrative daraus im studentischen Milieu wiederfinden?

Antworten auf diese Fragen werden basierend auf der durchgeführten Interviewstudie im Ergebnis- und Analyseteil dieser Arbeit dargestellt. Im Folgenden werden zunächst das methodische Vorgehen erläutert und das Untersuchungskorpus vorgestellt.

